



Anträge

zur ordentlichen Bundeskonferenz der
Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus

vom 27. bis 28. Oktober 2022

in Berlin

Die Antragskommission tagte am 30. September 2022 von 11:00 bis 17:00 Uhr im Willy-Brandt-Haus (hybrid) unter der Leitung von Gisela Arnold zu den fristgerecht eingegangenen Anträgen für die AG SPD 60 plus Bundeskonferenz 2022 in Berlin.

Die Antragskommission legt hiermit ihre Beschlussempfehlungen vor.

Mitglieder der Antragskommission

Vorsitzender der AG SPD 60 plus: Lothar Binding

Vorsitzende der Antragskommission: Gisela Arnold

Bundesvorstandsmitglied: Frank Kupferschmidt

Von den Bezirken/Landesverbänden benannte Mitglieder:

Karl-Heinz	Augustin	Berlin
Anne	Beugel	Hessen-Nord
Gerlinde	Böttcher-Naudiet	Schleswig-Holstein
Dr. Christian	Ellermeier	Hessen-Süd
Heiner	Etzold	Hessen-Süd
Willi	Kaminski	Nordrhein-Westfalen
Hans	Schäfer	Rheinland-Pfalz
Rosemarie	Thiele	Mecklenburg-Vorpommern
Norbert	Theobald	Baden-Württemberg

Die Empfehlungen der Antragskommission findet Ihr bei jedem Antrag vermerkt.

Anträge

Inhaltsverzeichnis

SPD 60 plus - L - Leitantrag

- 001 Altern im Sozialstaat - Die AG SPD 60 plus arbeitet für eine gute Zukunft, also auch für die Rentnerinnen und Rentner von morgen und fordert die Leistungen des Sozialstaates für Ältere auszubauen: 16

SPD 60 plus - O - Organisationspolitik

SPD 60 plus - O001	Grundsätze und Richtlinien für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD	25
SPD 60 plus - O002	Beitragsfreiheit	26
SPD 60 plus - O003	Vertretung aller Bundesländer im Bundesvorstand der AG 60plus	27
SPD 60 plus - O004	Gründung eines Arbeitskreises „Generationengerechtigkeit in der Klimakrise“	28

SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege

SPD 60 plus - GP001	Bundesregierung muss Pflege dringend reformieren	30
SPD 60 plus - GP002	Ärztmangel	31
SPD 60 plus - GP003	Lesbarkeit der Beipackzettel von Medikamenten	33
SPD 60 plus - GP004	Förderung des Senior*innensports	34
SPD 60 plus - GP005	Grundversorgungspflicht der Kommunen	35
SPD 60 plus - GP006	Überarbeitung des Pandemieplanes	36
SPD 60 plus - GP007	Nachbesserung der ambulanten Pflegereform	37
SPD 60 plus - GP008	Förderung Pflegegenossenschaften	38

SPD 60 plus - Kr - Krankenversicherung

SPD 60 plus - Kr001	Entwicklung einer EXIT-Strategie für die private Krankenversicherung aus der Krankenvollversicherung	39
SPD 60 plus - Kr002	Abschaffung der Beitragsbemessungs- und Pflichtgrenze in der gesetzgesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und Pflegeversicherung (GPV)	41

SPD 60 plus - Soz - Sozialpolitik

SPD 60 plus - Soz001	Änderung des Bundessozialhilfegesetz	43
SPD 60 plus - Soz002	Antworten an Antragsteller im Sozialversicherungsrecht analog beim Krankenversicherungsrecht	44
SPD 60 plus - Soz003	Reduzierung der Eigenbeteiligung bei der stationären oder ambulanten Pflege in einem Senioren-/Pflegeheim	45
SPD 60 plus - Soz004	Energiepreispauschale – Ungleichheit für Ältere beseitigen!	47
SPD 60 plus - Soz005	Abschaffung der Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten und Direktversicherungen	48
SPD 60 plus - Soz006	Energiepreispauschale auch für Rentnerinnen und Rentner	49
SPD 60 plus - Soz007	Kleine Einkommen und Renten noch stärker von der Preisexplosion entlasten	50

SPD 60 plus - R - Rentenpolitik

SPD 60 plus - R001	Gerechtigkeitsfonds zur Einmalabfindung der Berufs- und Personengruppen der DDR für entgangene Rentenleistungen	52
SPD 60 plus - R002	Arbeitskreis Erwerbstätigenversicherung	54
SPD 60 plus - R003	Umgestaltung und Weiterentwicklung der gesetzlichen Rente	55

SPD 60 plus - D - Digitalisierung

SPD 60 plus - D001	Novellierung des Onlinezugangsgesetzes (OZG)	57
SPD 60 plus - D002	Ältere und Digitalisierung	59
SPD 60 plus - D003	Flächendeckend kostenfreies WLAN für Pflegeheimbewohner	60
SPD 60 plus - D004	Weitere Schritte zu digitaler Teilhabe	61
SPD 60 plus - D005	Ausbau digitaler Unterstützungsstrukturen für Ältere	62
SPD 60 plus - D006	Digitale Kompetenz	63

SPD 60 plus - Re - Rechtspolitik

SPD 60 plus - Re001	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)	64
SPD 60 plus - Re002	Altersdiskriminierung im Bereich der Finanzinstrumente	65
SPD 60 plus - Re003	Herstellung der Entscheidungsfreiheit des Menschen am Ende des Lebens	67
SPD 60 plus - Re004	Beweisumkehr finanzieller Mittel	68
SPD 60 plus - Re005	Unnötige Inhaltsstoffe	69

SPD 60 plus - E - Energiepolitik/-wende

SPD 60 plus - E001	Abrechnungssystem Ladesäulen	70
SPD 60 plus - E002	Landstromverpflichtung	71
SPD 60 plus - E003	Schnell-Ladesäulen	72
SPD 60 plus - E004	Windenergie effektiver nutzen	73
SPD 60 plus - E005	Sicherung der Energieversorgung	74

SPD 60 plus - W - Wirtschaftspolitik

SPD 60 plus - W001	Forderung nach ordnungspolitischen Maßnahmen	75
SPD 60 plus - W002	Überführung von Unternehmen der Daseinsvorsorge mit Energie und Wasser in Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligungen der Gebietskörperschaften	76

SPD 60 plus - V - Verkehrspolitik

SPD 60 plus - V001	Um die Klimaschutzziele zu erreichen brauchen wir endlich die Verkehrswende	78
SPD 60 plus - V002	LKW Überholverbot	80
SPD 60 plus - V003	Nächster Halt: Mobilitätswende – Die Weiterführung des 9-Euro-Tickets	81
SPD 60 plus - V004	Tempolimit jetzt	82
SPD 60 plus - V005	Gefahrlose Querung von Straßen	83

SPD 60 plus - St - Steuerpolitik

SPD 60 plus - St001	Rücknahme der Rentenbesteuerung	84
SPD 60 plus - St002	„Kriegsgewinne“ sind zu sozialisieren!	85
SPD 60 plus - St003	Schluss mit der Versteuerung von selbsterzeugtem Photovoltaikstrom auf den Anteil von eigengenutztem Strom	86

SPD 60 plus - A - Außenpolitik

SPD 60 plus - A001 EntschlieÙung zum Krieg Russlands gegen die Ukraine

87

SPD 60 plus - UB - Umweltpolitik/Baupolitik

SPD 60 plus - UB001 Innenstädte für Folgen des Klimawandels umbauen

88

SPD 60 plus - S - Sonstige

SPD 60 plus - S001	Konzentration der Bundesministerien	90
SPD 60 plus - S002	Flächendeckendes 5G Netz	92
SPD 60 plus - S003	UN-Altenrechtskonvention	93

Antrag 001: Altern im Sozialstaat - Die AG SPD 60 plus arbeitet für eine gute Zukunft, also auch für die Rentnerinnen und Rentner von morgen und fordert die Leistungen des Sozialstaates für Ältere auszubauen:

Antragsteller*in:	SPD 60 plus Bundesvorstand
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - L - Leitantrag

1 Präambel

2 Die Alterspyramide ist schon lange keine Pyramide mehr, inzwischen gleicht die
3 Altersstruktur unserer Gesellschaft eher einem Baum mit einer relativ großen Krone.
4 Im Rahmen der Demographie werden die Entwicklung der Bevölkerung und ihre Strukturen
5 dargestellt. Wichtige Faktoren sind die Geburtenrate die Sterberate aber auch der
6 Wanderungssaldo. Immer wieder stößt die demographische Entwicklung plötzlich auf
7 Überraschung und die Frage: wie soll der dünne Stamm junger Leute die große Krone
8 alter Menschen finanzieren? Dabei gibt es in der Demographie nur selten wirkliche
9 Überraschungen, denn dass jemand, der vor 60 Jahren geboren wurde, heute 60 Jahre alt
10 ist, hätte man auch vor 60 Jahren schon bemerken können. Und dass mit der Einführung
11 der Antibabypille die Geburtenrate sinken würde, war auch nicht besonders
12 überraschend.

13 In keinem Antrag, keiner Stellungnahme zum Thema Seniorenpolitik oder Politik für die
14 über 60-jährigen, fehlt in der Einleitung der Hinweis auf die demographische
15 Entwicklung – auf die es nun plötzlich zu reagieren gilt, denn die „Babyboomer“ (hohe
16 Geburtenrate zwischen 1945 und 1965) scheiden aus dem Arbeitsleben aus und die
17 „Pillenkicker (steil abfallende Geburtenrate nach etwa 1965), müssen alles
18 finanzieren, erarbeiten.

19 Und schon ist der Gedanke demographisch eingemauert, weil die Anzahl von jungen und
20 alten Menschen nur wenig darüber aussagt, wie es einer Gesellschaft geht. Und gäbe es
21 nur ganz wenige ältere Menschen und ganz viele junge – wenn die Jungen in der aktiven
22 Berufsphase keine oder nur schlecht bezahlte Arbeit haben, geht es ihnen selbst,
23 ihren Kindern und auch den Alten schlecht. Wenn aber die aktiv im Berufsleben
24 stehenden eine hohe Produktivität haben, etwa durch Bildung und Forschung,
25 Automatisierung, Digitalisierung, bessere Ernährung oder ein leistungsstarkes
26 Gesundheitssystem, ein effektiveres Verkehrssystem – aber auch weil die zuvor aktiv
27 arbeitende Generation eine gute Infrastruktur hinterlassen hat – können Wohlstand
28 bzw. Lebensstandard insgesamt steigen, obwohl die Pyramide fast auf dem Kopf steht.

29 Darüber wird nicht immer gern gesprochen, denn dann würde schnell deutlich, dass wir
30 kein Problem mit der demographischen Entwicklung, kein Problem zwischen Jung und Alt
31 haben, sondern zwischen Arm und Reich. Denn die Arbeitsergebnisse der aktuell aktiv

32 arbeitenden Altersgruppe werden nicht gleich, auch nicht fair, sondern extrem
33 ungleich verteilt, wie schon in der Vorgängergeneration – deshalb gibt es die
34 gravierenden Unterschiede bei den Einkommen und noch stärker bei den Vermögen. Und
35 die Vermögen hängen zu einem großen Teil von Erbschaften ab, bzw. von unserer „Kultur
36 des Erbens“.

37 Allerdings war dies auch schon zu Zeiten so, als die heutigen Rentnerinnen und
38 Rentner, Pensionärinnen und Pensionäre all das geschaffen haben, worauf heute
39 aufgebaut werden kann – im Guten, wie im Schlechten. Die enorme Wirtschaftskraft und
40 den heutigen Wohlstand verdanken wir den Nachkriegsgenerationen, denen ein zerstörtes
41 Land hinterlassen wurde. Eine enorme Aufbauleistung. Leider kam es aber statt eines
42 sozialökologischen Umbaus der Industriegesellschaft zur Klimakrise. Umwelt, Natur und
43 besonders fossile Ressourcen wurden kurzfristigen Gewinnen endgültig geopfert – die
44 Rettung von Umwelt und Natur erfordert deshalb heute umso größere Anstrengungen.

45 Für diese Überlegung gibt es nur in Friedenszeiten Raum. Langfristig auch nur bei
46 nachhaltiger Produktion und Lebensweise – andernfalls wird schließlich alles von
47 Krieg oder Umwelt- und Klimareparatur aufgeessen. Deshalb sind Arbeit und
48 Engagement der AG SPD 60 plus nicht auf die Lebenslagen älterer Menschen reduziert.
49 Im Gegenteil: die AG SPD 60 plus kümmert sich generationenübergreifend um unsere
50 Solidargemeinschaft bzw. um die Verstärkung von Solidarität in unserer Gemeinschaft.

51 Wenigstens in einem Lebensbereich spielt das Zahlenverhältnis von Jung und Alt oder
52 genauer: von Gesund und Krank oder Pflegebedürftig allerdings doch eine große Rolle:
53 in der Kranken und Altenpflege, weil sich so mancher Handgriff, Zuneigung, Streicheln
54 und so manches (therapeutische) Gespräch nicht vom Computer oder durch
55 Effizienzsteigerung ersetzen lässt.

56 Unsere Erfahrung lehrt uns, dass wir schon bisher kein Erkenntnisproblem hatten,
57 sondern ein Mehrheitsproblem. Viele vernunftbegabte Entscheidungen, die rechtzeitig
58 möglich gewesen wären, wurden von jenen blockiert, die stets nur auf den schnellen
59 Euro, den nächsten Bilanzstichtag, den Börsenkurs oder ihre parteiliche Klientel
60 schauen. Dies gilt im Parlament wie außerhalb des Parlaments. Dies galt in der
61 Vergangenheit und es gilt oft noch heute.

62 Die Alterspyramide hat aber nicht nur ihre Form verändert, auch die Zahlen bzw.
63 Altersangaben müssen wir anders interpretieren – das Altersbild hat sich gravierend
64 geändert, verbessert: Ein Alter von 60 Jahren (unserer Eltern) war vor einem halben
65 Jahrhundert etwas Anderes als es ein Alter von 60 Jahre heute im Jahr 2022 ist. Die
66 Lebenserwartung war deutlich kürzer, die Gesundheit stärker unter Druck, Mobilität
67 und Aktivität im Vergleich zu heute deutlich reduziert – nach dem Ausscheiden aus dem
68 Berufsleben, lebten wir früher nur wenige Jahre, heute im Durchschnitt bald noch 20
69 Jahre.

70 Und so erklärt es sich, dass die AG SPD 60 plus sich neben den Themen, die sich fast
71 von selbst verstehen, wie Pflege, Überwindung der Einsamkeit im Alter, ethische
72 Fragen am Lebensende, Bildung, speziell digitale Bildungsangebote zum Erwerb
73 digitaler Kompetenzen und der Zugang zum Internet und Altersversorgung für ein Leben
74 in Würde, auch um Friedenspolitik, Arbeitsmarkt- und Industriepolitik, Forschung und

75 Lehre, Kulturpolitik und insbesondere um Sozial und Gesundheitspolitik kümmert. Dabei
76 spielt die Altersvorsorge, Rente oder Pension, eine besondere Rolle. Auch wenn Rente
77 und Pension nach dem Berufsleben wichtig sind – eigentlich handelt es sich um ein
78 Thema der Jusos. Denn in „jungen Jahren“ – der Arbeitsphase – entscheidet es sich,
79 welche Ansprüche für den Lebensstandard im Alter existieren. Der materielle Wert
80 diese Ansprüche im Alter hängt dann natürlich wieder ab vom Arbeitsergebnis und
81 seiner gesellschaftlichen Verteilung der dann aktiv arbeitenden Generation.

82 Das ist einer der Gründe, warum uns starke Gewerkschaften wichtig sind – schwache
83 Gewerkschaften bedeuten niedrige Löhne, prekäre Beschäftigung, schlechtere soziale
84 Absicherung, ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen und schließlich
85 niedrige Renten, wenn nicht sogar Altersarmut.

86 Aus den gleichen Gründen ist uns ein starker Staat wichtig – ein schwacher Staat
87 überlässt gemeinwirtschaftliche Aufgaben und Aufgaben der sozialen Sicherheit wie der
88 Gesundheitsversorgung allzu gern den Marktkräften. Im Markt ist jeder frei, sich für
89 oder gegen etwas zu entscheiden. Was zu teuer ist oder was nicht gefällt, wird nicht
90 gekauft oder der Kauf wird verschoben. Aber beispielsweise Wohnen lässt sich nicht
91 gut auf nächstes Jahr verschieben, Wassertrinken ebenso wenig und eine Krankheit will
92 behandelt werden, weil auch sie sich nicht einfach auf später verschieben lässt oder
93 auf einen Zeitpunkt, in dem man sich die Krankheit wieder leisten kann.

94

Antrag

95 Altern im Sozialstaat

96 Die AG SPD 60 plus arbeitet für eine gute Zukunft, also auch für die Rentnerinnen und
97 Rentner von morgen und fordert die Leistungen des Sozialstaates für Ältere
98 auszubauen:

99 • Das Alterseinkommen muss ein Leben in Würde ermöglichen, ohne den Zwang länger als
100 gesetzlich vorgesehen arbeiten zu müssen.

101 • Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung in der Gesetzlichen Rentenversicherung
102 (GRV), an der sich alle beteiligen.

103 • Das Gesundheitssystem unter Einschluss von Prävention und Rehabilitation und
104 ausreichenden Krankenhauskapazitäten und ärztlicher Versorgung – auch in dünner
105 besiedelten (ländlichen) Landesteilen – muss stärker ausgebaut werden.

106 • Langfristig wollen wir als Finanzierungsbasis eine Bürgerversicherung in der
107 Gesetzlichen Krankenversicherung.

108 • Die Pflegeversicherung soll zu einer Pflegevollversicherung weiterentwickelt werden
109 – damit stabilisieren wir auch die – durch das Tariftreue-Gesetz (1. September 2022)
110 – erreichte Tarifentlohnung in der Pflege.

111 • Die Qualität der Pflege und die Anwendung notwendiger technischer Hilfsmittel
112 –Assistenzlösungen zur Unterstützung des Alltags für ein selbstbestimmtes Leben,
113 auch Ambient Assisted Living (AAL, oder Active Assisted Living) genannt – dürfen
114 nicht vom Geldbeutel der zu Pflegenden abhängen.

115 Altern im Rechtsstaat

116 Zur Bekämpfung von Altersdiskriminierung fordern wir:

117 • Regelungen zur Gleichbehandlung Älterer in der Krankenversicherung, bei Finanz- und
118 sonstigen Versicherungsdienstleistungen, dies gilt insbesondere für die Kreditvergabe
119 im Alter

120 • Die Aufhebung der Altersgrenze für das Schöffenamtsamt. (nach § 33

121 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG), dürfen Personen, die „das siebzigste Lebensjahr
122 vollendet haben ...“, nicht zum Amt eines Schöffen berufen werden.)

123 • eine Änderung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), um den
124 Diskriminierungen älterer Menschen bei privatrechtlichen Geschäften, Ehrenämtern und
125 politischen Funktionen zu begegnen.

126 Altern im Cyberstaat

127 Um auch im digitalen Raum Barrieren abzubauen, fordern wir:

128 • in Analogie zur ambulanten Pflege, aufsuchende Beratung und Fortbildung für ältere
129 Menschen zur Erschließung der digitalen Welt und damit eine Verbreiterung

130 gesellschaftlicher Teilhabe, der Begegnung von Vereinsamung, der positiven
131 Beeinflussung der Gesundheit und der Steigerung der Lebensfreude

132 • für Pflege- und Altenheime funktionierende Internetverbindungen und Beauftragte,
133 die sowohl Pflegekräfte als auch Bewohnerinnen und Bewohner bei der Anwendung
134 digitaler Technologien unterstützen

135 • die finanzielle Förderung der Hardware, Software und Internetzugänge für
136 einkommensschwache Haushalte

137 • den Ausbau des Netzes von digital unterstützten Notrufeinrichtungen z.B. in
138 öffentlichen Einrichtungen und Verkehrsmitteln weiter auszubauen

139 • die Sicherstellung der Gleichzeitigkeit von digitalem und analogem Zugang zu
140 öffentlichen Dienstleistungen, aber auch zu privat angebotenen Leistungen,
141 beispielsweise Versicherungsleistungen.

142 Ruhestand braucht Bewegung

143 Wenn sich viele Leute nicht oder nicht gut im Dorf oder in der Stadt, oder über Land
144 bewegen können, kommt wenig Besuch, aber viel Einsamkeit in die Wohnung. Die

145 selbstbestimmte Teilhabe am kulturellen Leben, die Familienkontakte, auch der
146 intergenerationelle Austausch – das Gespräch mit den Enkeln – bleiben auf der

147 Strecke. Erfahrungswissen geht verloren.

148 Deshalb fordert die AG SPD 60 plus:

149 • den Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs mit Blick auf
150 Mobilitätsanforderungen und -bedürfnisse älterer Menschen

151 • einen erträglichen Takt (Wartezeiten von einer Stunde sind nicht erträglich) und
152 Fahrpreise, die ältere Menschen mit geringen Einkommen nicht ausgrenzen, etwa ein
153 Ticket zum Preis von einem Euro pro Tag für Ältere, Studierende, Auszubildende...

154 • altersgerechte Lösungen in der Verkehrsplanung und der baulichen Realisierung von
155 verkehrlichen Einrichtungen (die sind auch familiengerecht, behindertengerecht, ...) –

156 etwa die Dichte und Verteilung von Haltestellen oder auch „kleinere“ Anforderungen,
157 wie Fahrkartenselbstbedienungsautomaten, deren Tastatur, deren Monitor, und deren Programmlogik
158 seniorengerecht sind und deren Monitore sogar bei Sonnenschein lesbar sind.

159 Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf

160 Ja: – Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf – aber wenigstens muss man sich die
161 Wohnung leisten können. In einer Zeit, in der die Mieten explodieren, weil in vielen
162 Städten der Wohnraum extrem knapp wird, weil Wohnraum plötzlich zur Ferienwohnung
163 wird, in einer Zeit, in der Wohnraum nicht barrierearm ist, weil der altersgerechte
164 Wohnungsneubau und Umbau nicht mehr zu bezahlen ist, in einer Zeit, in der die
165 Versorgung mit bedarfsgerechtem und bezahlbarem Wohnraum in einem lebenswerten
166 Wohnumfeld für viele (auch Ältere) gefährdet ist.

167 Deshalb fordert die AG SPD 60 plus nicht nur in einer solchen Zeit:

- 168 • einen gesetzlich geregelten Mietestopp, um den Mieterinnen und Mietern in
- 169 angespannten Wohnungsmärkten eine Atempause zu geben,
- 170 • die Beschränkung der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen sowie
- 171 Eigenbedarfskündigungen, um Missbrauch und Verdrängung zu verhindern,
- 172 • die Schaffung von mehr Sozialwohnungen – insbesondere in der Hand gemeinnütziger
- 173 Gesellschaften in öffentlicher Hand oder Genossenschaften, um mit einer gewissen
- 174 Marktmacht das Mietniveau zu senken,
- 175 • die verstärkte Förderung von altersgerechtem (und damit mindestens barrierearm oder
- 176 behindertengerecht) Wohnungsumbau,
- 177 • die Einrichtung eines zentralen Immobilienregister zur Förderung der Transparenz
- 178 auf dem Wohnungsmarkt,
- 179 • die Scharfstellung des „Mietwucher-Paragrafen“ (§5 Wirtschaftsstrafgesetz,
- 180 „Mietpreisüberhöhung“, Miete mehr als 20 Prozent über der ortsüblichen
- 181 Vergleichsmiete),
- 182 • die Anhebung der Förderung von gemeinschaftlichen Wohnformen –
- 183 Mehrgenerationenwohnen, Wohngemeinschaften, genossenschaftliches und betreutes
- 184 Wohnen.

185 Immer wieder der Enkeltrick. Mit zunehmendem Alter steigt oft das
186 Sicherheitsbedürfnis – auch weil ältere Menschen, so häufig in den Medien berichtet,
187 Opfer altersspezifischer Straftaten werden.

188 Altern in Sicherheit

189 Die AG SPD 60 plus fordert deshalb:

- 190 • den Aufbau oder den Ausbau polizeilicher Beratungsstellen und gezielte
- 191 Präventionsprogramme zum Schutz der Älteren
- 192 • ein Aufklärungsinitiative zum Schutz vor Internet-Kriminalität (z. B.
- 193 Identitätsdiebstahl, Bots-Mails, ...)
- 194 • bei der anstehenden Reform des Betreuungsrechts, insbesondere im Bereich der
- 195 Vermögenssorge, Prävention und strafrechtliche Verfolgung von Vermögensdelikten in
- 196 Betreuungsverhältnissen, wirksam zu regeln.

197 Wir schließen uns der Forderung des DGB nach einer Verbesserung des
198 Verbraucherschutzes und der Verbraucherschutzberatung an und fordern Bundestag die
199 Bundesregierung auf:

- 200 • die „zum Schutz der Verbraucher*innen notwendigen Rechtsnormen in verschiedenen
- 201 Gesetzen in einem Verbraucherschutzgesetz zusammenzufassen und verständlich zu

202 kommentieren und dabei die Interessen älterer Menschen angemessen zu
203 berücksichtigen.“

204 Bildung für lebenslanges Altern

205 Politische und kulturelle Bildung, lebenslanges Lernen, also Lernen/Bildung und
206 Bildungsangebote auch für Ältere als notwendige Voraussetzung gleichberechtigter
207 Teilhabe gehören als Standardrepertoire in jede Grundsatzrede – und doch finden wir
208 im Nationalen Bildungsbericht 2022 den Bildungsbegriff auf Bildung von Menschen im
209 erwerbfähigen Alter reduziert. Und trotz nicht zu unterschätzender Anstrengungen,
210 etwa der Volkshochschulen, Migrantinnen und Migranten in deutscher Sprache zu
211 unterrichten, fehlen Strukturen, die Sprachbarrieren im Zusammenhang von Migration,
212 systematisch, schnell genug und dauerhaft abbauen. Für ältere Migrantinnen und
213 Migranten wäre ein solches Angebot besonders wichtig. Aber auch mit Blick auf die
214 Arbeitsmigration – Pflege, Gesundheitsdienste, Handwerk, Dienstleistung und
215 Digitalisierung – müssen die Strukturen zur Sprachvermittlung verbessert werden.

216 Die AG SPD 60 plus fordert deshalb

- 217 • in der Nationalen Bildungsberichterstattung im Rahmen einer systematischen
- 218 Gesamtbetrachtung des Bildungssystems auch die Bildung im Alter mitaufzunehmen,
- 219 • die in Folge der Nationalen Bildungsberichterstattung gewonnenen Erkenntnisse in
- 220 praktische Gesetzgebung und schließlich konkrete Angebote (in Städten und Gemeinden)
- 221 umzusetzen, also
- 222 • Bildungsangeboten an Weiterbildungseinrichtungen und Hochschulen, auch
- 223 beispielsweise in Mehrgenerationenhäusern altersgerecht auszubauen,
- 224 • Bildungseinrichtungen zu nutzen oder zu schaffen, die sich speziell in der
- 225 sprachlichen Integration von Migrantinnen und Migranten engagieren.

226 Mitmischen im Alter

227 Spätesten seit dem 6. Altenbericht der Bundesregierung wissen wir, dass die „aktuell
228 vorherrschende Altersbilder (vielfach) noch auf der Wahrnehmung früherer
229 Generationen“ beruhen. Auch weil sich unser Selbstwertgefühl oft sehr stark über
230 Arbeit definiert, werden Ruheständler häufig (unausgesprochen) als Belastungsfaktor
231 gesehen – Gesundheitskosten, Pflegekosten, Renten, Pensionen. Wie lange diese
232 „Alterskohorte“ der über 60-jährigen noch sehr aktiv ist, wie dynamisch sie ist im
233 Ehrenamt, in der Kultur, in der Politik, in der häuslichen Pflege und der
234 Kinderbetreuung, wird oft nicht gesehen.

235 Die AG SPD 60 plus fordert deshalb:

- 236 • die politischen Mitwirkungsmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren zu verbessern
- 237 bzw. zu erleichtern – ein Instrument ist die bessere rechtliche Sicherung der
- 238 Stellung der Seniorenräte,
- 239 • die Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte in kommunalen politischen Gremien zu
- 240 verbessern und dies landesgesetzlich einheitlich zu definieren,
- 241 • als bundeseinheitlichen Rahmen ein Seniorenbeteiligungsgesetz mit einem
- 242 Rechtsanspruch auf Beteiligung zu unterlegen, denn in keiner Sonntagsrede fehlt
- 243 bisher die Forderung nach „Partizipation“,
- 244 • die Unterstützung von Engagement, sozialer Sicherung, Alltagshilfen, ..., durch ein

245 Althilfestrukturgesetz zu konkretisieren. Das wäre die Vorbereitung einer
246 zukunftsfähigen Althilfestruktur, um schließlich dem Anspruch „gleiche
247 Lebensverhältnisse“ in Stadt und Land und überall Rechnung zu tragen.

248 Besteuerungsverfahren vereinfachen
249 Einkommenssteigerungen, beispielsweise hinzugekommene Hinterbliebenenrenten, können
250 das Einkommen verbessern und die Steuerpflicht auslösen. Auch aufgrund des seit 2005
251 begonnenen Übergangs von der vorgelagerten zur nachgelagerten Besteuerung, erhöht
252 sich die Anzahl der steuerpflichtigen Rentnerinnen und Rentner von Jahr zu Jahr. In
253 2022 sind etwa ein Drittel von 21,8 Millionen Rentnerinnen und Rentnern
254 steuerpflichtig. Steuerpflicht gilt, wenn der steuerpflichtige Teil der
255 Jahresbruttorente den Grundfreibetrag von 10.347 Euro pro Jahr (2022 für
256 Alleinstehende) übersteigt. Für Verheiratete gilt der doppelte Betrag. Nicht selten
257 müssen dann ältere Menschen erstmals nach dem Arbeitsleben wieder eine
258 Steuererklärung abgeben.

259 Die AG SPD 60 plus fordert deshalb

- 260 • Die Möglichkeit zu prüfen, dass die Rentenversicherungsträger – in Analogie zum
261 Arbeitgeber, der die Steuer des Arbeitnehmers oder der Arbeitnehmerin an das
262 Finanzamt abführt – die Steuer direkt an das Finanzamt abführen.

263 Altern in Europa
264 Alle wichtigen auf die ältere Generation bezogenen Themen und Forderungen, die sich
265 auf der politischen Tagesordnung Deutschlands finden, finden sich auch in der
266 Europäischen Union: Gesundheit, Pflege, Wohnen und Mobilität, Einsamkeit, Angst vor
267 Kriminalität und Rechtsextremismus, Diskriminierung (auch durch Ausgrenzung bei
268 Kredit- oder Versicherungsgeschäften), Ausgrenzung und kultureller und materieller
269 Verarmung.

270 Das zeigt sich auch in dem Anfang 2021 veröffentlichten Grünbuch der Europäischen
271 Kommission zum Thema Altern. Auch die ESO (European Senior Organisation) – PES-
272 Seniors (Party of European Socialists) hat an der Konsultation mitgewirkt, und als
273 ESO-Mitgliedsorganisation war die AG SPD 60 plus an der inhaltlichen Gestaltung des
274 ESO-Beitrags beteiligt.

275 Nach dieser guten Vorarbeit ist es unverständlich und für eine große Alterskohorte
276 der über Sechzigjährigem sehr enttäuschend, dass die Europäische Kommission keine
277 Folgemaßnahmen zu diesem Grünbuch vorsieht – und sogar darauf verzichten will, eine
278 globale Strategie für das Altern in einem Weißbuch über das Thema Altern zu
279 entwickeln.

280 Deshalb fordert die AG SPD 60 plus von unserer Regierung

- 281 • die Kommission aufzufordern, als Folgemaßnahme zu ihrem Grünbuch und den Beiträgen
282 der Zivilgesellschaft, ein Weißbuch zum Thema Altern auszuarbeiten.

283 Unsere Anforderungen an ein Weißbuch sind hoch, wenige Beispiele:

- 284 • Altersarmut – Bekämpfung der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, auch unter
285 den Senioren. In diesem Zusammenhang schlagen wir unter anderem einen europäischen
286 Rahmen für eine Mindestrente oder ein Mindesteinkommen vor, aber auch die

- 287 automatische Zuweisung von Rechten. Wir bitten auch um besondere Aufmerksamkeit für
288 das genderspezifische Lohn- und Rentengefälle.
- 289 • Sicherung der Rentenfinanzierung durch einen europäischen Beitrag zu einem
290 gerechten Steuersystem, durch eine soziale Neu-Orientierung der europäischen
291 Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik.
- 292 • Investitionen in Einrichtungen wie altersgerechtes Wohnen, maßgeschneiderte Pflege,
293 Gesundheitsversorgung, Dienstleistungen und dies im Kontext „altersfreundlicher
294 Gemeinden und Städte“, wie im entsprechenden WHO-Programm beschrieben.
- 295 • Verpflichtung zur hinreichend langen Aufrechterhaltung analoger Dienste – die
296 zunehmende Digitalisierung von Dienstleistungen darf nicht zur Ausgrenzung von
297 Senioren führen.
- 298 • Die Ausarbeitung einer europäischen Strategie für die Gleichstellung des Alters
299 oder eines Aktionsprogramms gegen Altersdiskriminierung und für Solidarität zwischen
300 den Generationen, die politische Optionen aufzeigen, U.a. um eine gleichberechtigte
301 Teilhabe an der Gesellschaft für alle Altersgruppen zu erreichen, den
302 gleichberechtigten Zugang zu Arbeit und Dienstleistungen zu fördern, das Recht auf
303 ein angemessenes Einkommen und Förderung des Zugangs zu Gesundheitsversorgung und
304 Pflege.
- 305 • Eine Richtlinie zur Altersdiskriminierung sollte hier ein rechtsverbindliches
306 Mittel bieten. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen in der Covid-19-Pandemie
307 fordern wir die Einrichtung von Überwachungsinstrumenten durch die Union und die
308 Mitgliedstaaten zur Einhaltung der Grundrechte für ältere Menschen.
- 309 Seniorenrechte im Grundgesetz und bei der UNO
310 Artikel 1 im Grundgesetz – und alles ist gesagt: „Die Würde des Menschen ist
311 unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen
312 Gewalt.“
- 313 Deshalb fordert die AG SPD 60 plus:
- 314 • auch die Rechte von Seniorinnen und Senioren in Art. 3 Grundgesetz, also neben
315 Geschlecht, Abstammung, Glauben, ... auch „Alter“ aufzunehmen, um Menschen vor
316 Altersdiskriminierung zu schützen und Benachteiligung aufgrund eines bestimmten
317 Alters zu vermeiden.
- 318 Wir fordern außerdem
- 319 • ein Bekenntnis des Bundestages und der Bundesregierung zur Forderung einer UN-
320 Altenrechtskonvention.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Parteivorstand

Arbeitspapier für den Bundesvorstand

Antrag SPD 60 plus - 0001: Grundsätze und Richtlinien für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Nordrhein-Westfalen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - O - Organisationspolitik

- 1 Die SPD 60plus Bundeskonferenz wird gebeten, die Richtlinien für die
- 2 Arbeitsgemeinschaften im Punkt 4. Organe, zu überarbeiten und im Unterpunkt b)
- 3 Länderrat/Bundesausschuss neu zu formulieren.
- 4 Der hier genannte Länderrat soll entfallen und der Bundesausschuss mit den in Ländern
- 5 und Bezirken gewählten Vertreter*innen soll ausschließlich die genannten Aufgaben
- 6 durchführen. Die Punkte aa), bb) und cc) sind entsprechend zu ändern.

Begründung

Die in den Richtlinien für die Arbeitsgemeinschaften aus Juni 2020 aufgeführten Strukturen benachteiligen die Bundesländer, die keine zusätzlichen Bezirke haben in der quantitativen Besetzung und Wahrnehmung des Beratungsauftrages zum Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaften.

Nach den jetzigen Bestimmungen könnte z.B. NRW nur ein Mitglied im Länderrat stellen, Bezirke innerhalb eines Bundeslandes sind hingegen mehrfach vertreten.

Empfänger*in(nen):

SPD-Parteivorstand

Antrag SPD 60 plus - 0002: Beitragsfreiheit

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Hannover
Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	SPD 60 plus - O - Organisationspolitik
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

- 1 Langjährige Mitglieder können auf Wunsch aus ~~sozial~~wirtschaftlichen Gründen von dem zuständigen
- 2 Ortsvereinsvorstand Beitragsfrei gestellt werden.

Begründung

Oft müssen langjährige und verdiente Mitglieder wegen ihrer gesundheitlichen Situation ins Alters- oder Pflegeheim gehen oder werden unter Betreuung gestellt. Dann wird meist – oft aus finanziellen Gründen – auch die Mitgliedschaft in der SPD beendet und die Mitglieder erhalten dann weder Information noch Einladungen zu Veranstaltungen. Auch können sie dann nicht mehr für ihre Mitgliedschaft geehrt werden.

Die benannte Gruppe ist überschaubar, es sind also keine erheblichen Beitragsausfälle zu erwarten.

Empfänger*in(nen):

SPD-Parteivorstand

SPD-Bundesparteitag

Antrag SPD 60 plus - 0003: Vertretung aller Bundesländer im Bundesvorstand der AG 60plus

Antragsteller*in:	60plus Landesorganisation Hamburg
Antragskommission:	Erledigt durch AG-Richtlinie
Sachgebiet:	SPD 60 plus - O - Organisationspolitik

- 1 Der Parteivorstand wird aufgefordert, die „Grundsätze und Richtlinie für die
- 2 Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD gemäß § 10 des Organisationsstatuts
- 3 der SPD“ bezüglich der Regelungen über den Bundesvorstand der AG 60plus in Ziffer I.
- 4 4. c) aa) Satz 1 dahingehend abzuändern, dass unter angemessener Vergrößerung der
- 5 maximalen Zahl der Mitglieder des Bundesvorstands ein Platz für jedes Bundesland im
- 6 Bundesvorstand vorgesehen wird.

Begründung

Derzeit ist unter anderem für die AG 60plus eine Höchstzahl der Mitglieder des Bundesvorstands von 17 vorgesehen. Das würde theoretisch eine Beteiligung aller Bundesländer im Bundesvorstand ermöglichen, sofern die Höchstzahl weitgehend ausgeschöpft wird und auch die großen Bundesländer sich mit jeweils einem Mitglied im Bundesvorstand begnügen und entsprechend nur einen Kandidaten bzw. eine Kandidatin nominieren.

Wir halten es für angemessen, die betreffende Regelung so abzuändern, dass eine Vertretung aller Bundesländer im Bundesvorstand nicht nur theoretisch möglich, sondern gesichert ist. So wäre eine Repräsentanz aller und insbesondere auch kleiner Bundesländer gewährleistet. Zugleich würden die AG 60plus-Verbände kleinerer Bundesländer motiviert, im Vorfeld von Organisationswahlen geeignete Kandidat*innen zu finden und zu nominieren und sich insgesamt stärker an der Arbeit des Bundesvorstands zu beteiligen. Das würde wiederum der Arbeit für die Interessen der Senior*innen in der Partei und Bevölkerung im gesamten Land zu Gute kommen.

Antrag SPD 60 plus - 0004: Gründung eines Arbeitskreises „Generationengerechtigkeit in der Klimakrise“

Antragsteller*in:	Unterbezirk Velbert
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - O - Organisationspolitik

- 1 Der Bundesvorstand (BuVo) der AG SPD 60 plus wird aufgefordert, einen Arbeitskreis
- 2 „Generationengerechtigkeit in der Klimakrise“ zu initiieren.
- 3 Dieser AK soll bundesweit, unabhängig von Regionen, hierarchischen Strukturen und
- 4 inhaltlichen Vorgaben auf Basis der sozialdemokratischen Programmatik allen
- 5 Mitgliedern der AG SPD 60 plus zur Mitarbeit offenstehen.
- 6 Der BuVo soll zeitnah zur Initiierung des AK ein dreiköpfiges vorläufiges
- 7 Koordinationsteam benennen, das die Arbeitsgrundsätze vorschlägt. Nach Zustimmung des
- 8 Bundesvorstandes zu den Arbeitsgrundsätzen soll der BuVo das vorläufige
- 9 Koordinationsteam bei der Einladung zur Gründungssitzung des AK unterstützen.
- 10 In den Arbeitsgrundsätzen ist folgendes zu berücksichtigen:
- 11 • Der Arbeitskreis dient den „Klimainteressierten“ unserer AG als Plattform zur
- 12 Information, zur Diskussion und um Ergebnisse zusammen zu erarbeiten.
- 13 • Die Arbeitsweise ist digital. Bei entsprechenden technischen Möglichkeiten sind
- 14 hybride Sitzungen (Präsenz und Online) wünschenswert.
- 15 • Der AK benötigt im Wesentlichen nur eine Unterstützung für die digitale
- 16 Arbeitsumgebung (Cloud, Videokonferenztool etc.).
- 17 • Wie alle vom BuVo eingerichteten AKs erhält der AK Antrags- und Redeberechtigung
- 18 auf dem Bundeskongress der AG SPD 60 plus.
- 19 • Der AK soll nicht als „abgehobenes Expertenteam“ wirken, sondern soll die AG-
- 20 Mitglieder mit aktuellen und generellen Themen des Klimawandels auf ihrer Ebene
- 21 abholen, mit Informationen versorgen und die politische Diskussion auf den
- 22 verschiedenen Ebenen initiieren und unterstützen.

Begründung

In der Erkenntnis, dass der von den Menschen verursachte Klimawandel die größte Herausforderung unserer Zeit und eine existenzielle Bedrohung allen Lebens auf unseren Planeten ist und in der Verantwortung, uns dafür einzusetzen, dass die Klimakrise nicht nur für gegenwärtigen Generationen, sondern insbesondere auch für die kommenden Generationen gerecht gelöst werden muss, müssen wir Senioreninnen und Senioren der SPD uns in diesem Sinne mehr engagieren.

Aus der völkerrechtlichen Verpflichtung des Pariser Klimaabkommens von 2015, die durch die Treibhausgase verursachte Erwärmung deutlich unter 2 Grad möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen und dem Klimaurteil des Bundesverfassungsgerichts vom April 2021 ergibt sich die

Notwendigkeit des politischen Handels mit höchster Priorität.

Diese Priorität ist in der SPD und der AG SPD 60 plus noch nicht genügend sichtbar. Auffällig ist die große Zahl der wissenschaftlichen Veröffentlichungen und die vielen komplizierten Gesetze verabschiedet in einer sehr kurzen Zeit, aber auch noch immer Klimaleugner oder Blockierer und ein Rückstand in der Bearbeitung der Maßnahmen gegen den Klimawandel.

Die Herausforderungen der Klimakrise sind keine Themen der „Grünen“, es sind die Themen aller Menschen und insbesondere derjenigen, die die Zukunft positiv und gerecht gestalten wollen.

Wird die Klimakrise nicht bewältigt, sind nicht nur die heutigen Generationen betroffen, sondern insbesondere die Generationen nach uns.

Gerade wir Seniorinnen und Senioren der SPD haben eine besondere Verantwortung, die Politik im Sinne einer gerechten, nachhaltigen und „enkeltauglichen“ Zukunft mitzugestalten. Hier soll der AK einen positiven Beitrag leisten.

Empfänger*in(nen):

SPD 60 plus Bundesvorstand

Antrag SPD 60 plus - GP001: Bundesregierung muss Pflege dringend reformieren

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Brandenburg
Antragskommission:	Erledigt durch Annahme L001
Sachgebiet:	SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege

- 1 Der Bundesvorstand SPD 60plus wird aufgefordert, gegenüber dem Parteivorstand und der
- 2 SPD-Bundestagsfraktion darauf zu dringen, dass möglichst rasch eine Reform der
- 3 Pflegeversicherung in Angriff genommen wird. Es muss verhindert werden, dass durch
- 4 die Steigerung der Eigenanteile in der stationären Pflege ältere Menschen in die
- 5 Armut abrutschen.

Begründung

Wir begrüßen die ab 1. September in Kraft getretene Regelung, dass bundesweit alle Pflege- und Betreuungskräfte in Pflegeeinrichtungen mindestens in Tariffhöhe bezahlt werden müssen, weil sonst die Pflegekassen keine Versorgungsverträge mit ihnen schließen dürfen, denn Pflegekräfte müssen für ihren verantwortungsvollen Dienst angemessen bezahlt werden. Dadurch kommen aber erhebliche Steigerungen der Eigenanteile auf die Gepflegten zu. Zusätzlich tragen die stark zunehmenden Kosten für Energie und Lebensmittel zu Erhöhungen der Eigenanteile bei. Pflege im Heim darf jedoch nicht vom Einkommen der oder des Betreffenden abhängen. Deshalb muss endlich eine Pflegereform in Angriff genommen werden, die den Eigenanteil nominal und nicht prozentual deckelt. Alle über diesen Sockelbetrag hinaus gehenden Kosten müssen von den Pflegekassen mit Hilfe von Bundeszuschüssen und moderaten Steigerungen der Pflegeversicherung übernommen werden. Die Teilkasko-Pflegeversicherung muss dafür in eine Pflegebürgerversicherung weiterentwickelt werden, die das Risiko voll abdeckt. Dies ist dringend erforderlich, jedes Warten verschärft nur die Probleme.

Empfänger*in(nen):

SPD-Parteivorstand
SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - GP002: Ärztemangel

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, 60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege

- 1 1. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich mit Nachdruck dafür
2 einzusetzen, dass die Versorgung durch Hausärzt*innen, vor allem im ländlichen
3 Bereich, aber auch in den touristischen Hochburgen, durch geeignete Anreize gesichert
4 werden kann. Hierfür sind bundesgesetzliche Voraussetzungen zu schaffen.
5 Die gleiche Forderung gilt für die Versorgung durch Fachärzt*innen aller
6 Fachbereiche.
7 Grundlage für eine ausreichende Versorgung kann nicht der von den Kassenärztlichen
8 Vereinigungen festgelegte Schlüssel bezogen auf die Einwohner*innenzahl sein, sondern
9 hier sind die touristischen Übernachtungszahlen unbedingt mit einzubeziehen.
- 10 2. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für den Erhalt von Standorten
11 für Haus- und Fachärzt*innen in ländlichen Regionen einzusetzen und dafür ein
12 bundeseinheitliches Gesetz zu schaffen. Neue Zulassungen sollen künftig für
13 bestehende, oder in unmittelbarer Nähe befindliche, Standorte vergeben werden.
- 14 3. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich intensiv und zeitnah dafür
15 einzusetzen, dass
16 a) ein Transparenzregister zu den Investments in Arztpraxen und in Medizinische
17 Versorgungseinrichtungen geschaffen wird,
18 b) die Möglichkeiten derartiger Investments gestoppt, zumindest begrenzt und
19 durch staatliche Vorgaben gesteuert werden.

Begründung

Zu 1. und 2.

Wir erleben seit Jahren einen kontinuierlichen Rückgang bei der Versorgung mit Hausärzt*innen, vor allem im ländlichen Bereich. Viele Hausärzt*innen finden für ihre Praxis keine Nachfolger*innen, weil Nachwuchs entweder nicht vorhanden ist, oder sich nicht im ländlichen Bereich niederlassen möchte. Getroffene Maßnahmen, wie z.B. Stipendien für Studierende, die sich verpflichten nach dem Studium als Hausarzt niederzulassen, zeigen bis heute kaum Wirksamkeit. Auch die finanziellen Anreize durch Darlehen reichen nicht aus. Bei der Ausreichung von Darlehen für neue Praxen könnte durch eine Koppelung der Rückzahlungssumme an die Dauer der Praxis ein größerer Anreiz geschaffen werden.

Die Altersstruktur der vorhandenen Hausärzt*innen lässt den Schluss zu, dass sich diese Situation in Zukunft noch verstärken wird.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktionen

Antrag SPD 60 plus - GP003: Lesbarkeit der Beipackzettel von Medikamenten

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Hessen-Nord
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege

- 1 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert durch eine gesetzliche Regelung
- 2 sicherzustellen, dass die Beipackzettel von Medikamenten durch die Pharmaindustrie in
- 3 einer „allgemeinverständlichen Sprache“ für den Durchschnittspatient*innen, verfasst
- 4 und durch ein größeres Druckbild besser lesbar gemacht werden.

Begründung

Viele Verbraucher*innen - insbesondere Seniorinnen und Senioren - werden durch die medizinische Fachterminologie verunsichert und können teilweise die kleinen Schriften auf den Beipackzetteln nicht lesen.

Das führt dazu, dass Patient*innen häufig verunsichert sind und die für eine sinnvolle Therapie erforderlichen Medikamente teilweise nicht nutzen, wodurch der Heilerfolg ausbleibt oder zumindest behindert wird.

So werden jährlich unzählige Medikamente vernichtet.

Für die Krankenkassen bedeutet dies jährlich mehrere Milliarden Euro Verlust. Für die betroffenen Patienten mehr Schmerzen, Verschlechterung des Gesundheitszustandes und Beeinträchtigung des Heilerfolges sowie für die Umwelt höhere Schadstoffbelastungen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - GP004: Förderung des Senior*innensports

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege

- 1 Ein Fonds zur Förderung speziell des Senior*innensports für Initiativen und
- 2 Einrichtungen soll geschaffen werden.
- 3 Gefördert werden sollen:
 - 4 1. Ein erweitertes Bewegungsangebot, der Erwerb von neuen Sportgeräten und der Ausbau
 - 5 von Trainingsmöglichkeiten, bzw. die Anmietung von Sportstätten.
 - 6 2. Gefördert werden sollen Initiativen, die generationsübergreifende Projekte mit
 - 7 Schulen oder Vereinen anbieten. Ziel dabei soll neben dem Gesundheitsaspekt durch
 - 8 Bewegung auch die Kommunikation zwischen den verschiedenen Generationen sein.
 - 9 3. Gefördert werden soll die Akquirierung und Ausbildung von Anleiter*innen für den
 - 10 Senioren*innensport, die kostenfreie und öffentliche Angebote in kleinen Orten
 - 11 vorhalten, in denen Sportverein und Initiativen schwer erreichbar sind.

Begründung

Bewegung ist Leben, so heißt es. Regelmäßige Bewegung im Alter kann dafür sorgen, dass Menschen gesünder altern und selbstständig und fit bleiben – körperlich wie geistig.

Senioren*innensport trägt auch dazu bei, das Immunsystem zu stärken. Das bedeutet, dass man durch Sport das Risiko für typische Krankheiten im Alter reduzieren könnte. Somit ist Sport ein wichtiges wenn nicht, das wichtigste Element der Gesundheitsvorsorge und damit auch für die Gesundheit im Alter.

Empfänger*in(nen):

SPD-Landtagsfraktionen

Antrag SPD 60 plus - GP005: Grundversorgungspflicht der Kommunen

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege

- 1 Die Grundversorgung mit Alten- und Pflegeheimen darf nicht zum Geschäftsmodell
- 2 marktwirtschaftlicher Renditeobjekte werden, sondern ähnlich wie bei
- 3 Kindertagesstätten zu einer Grundversorgungsverpflichtung der Kommunen, die mit
- 4 öffentlichen Mitteln auskömmlich finanziell ausgestattet werden müssen.

Begründung

Es haben Projektierer, Vermarkter und Investoren den falschen marktwirtschaftlichen Realisierungsansatz der Pflegeinfrastruktur als lukratives Geschäftsmodell entdeckt. Überteuerte Projekte werden mit hohen Renditeversprechen an Investoren verkauft, die dann von den Pflegebedürftigen und später von den Kommunen getragen werden müssen. Das von dem Bundesgesundheitsminister geplante Zuschussystem wird zu einem Teil benutzt werden, um die Kosten weiter zu erhöhen. Besser wäre das Geld eingesetzt, wenn der Bund wie bei den Kindertagesstätten einen höheren Zuschuss zum Bau von Pflegeeinrichtungen durch Kommunen leistet. Mit einer aus der Einwohnerstruktur zu berechnenden Quote wird ähnlich wie bei Kindertagesstätten zum einen eine Zielgröße und zum anderen ein Maßstab für die Verteilung der Zuschüsse geschaffen. Langfristig landen dann die Bundeszuschüsse nicht bei den Investoren, sondern reduzieren die Sozialkosten der Kommunen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktionen

Antrag SPD 60 plus - GP006: Überarbeitung des Pandemieplanes

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege

- 1 Es muss eine Überarbeitung des nationalen Pandemieplanes mit dem Ziel erfolgen, die
- 2 Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Corona-Pandemie einfließen zu lassen, um
- 3 zukünftige Pandemien besser begegnen zu können.

- 4 Folgende Punkte sollen dabei beachtet werden:
- 5 1. Die Herstellung von medizinischen Produkten muss innerhalb Deutschlands sowie in
- 6 Europa erfolgen.
- 7 2. Es muss eine strukturierte Vorratsplanung innerhalb Deutschland sowie in Europa
- 8 umgesetzt werden.
- 9 3. Es muss eine personelle Ausstattung im „Öffentlichen Gesundheitsdienst“ sowie in
- 10 den Krankenhäusern erreicht werden, die einer erneuten Pandemie entsprechend begegnen
- 11 kann.
- 12 4. Die Digitalisierung des öffentlichen Gesundheitsdienstes muss konsequent umgesetzt
- 13 werden.

Begründung

Die Auslagerung der Herstellung von medizinischem Gerät, Material (Masken, Spritzen, Desinfektionsmittel, Handschuhe u.s.w.) und Medizin in Drittländer hat während der Pandemie zu großen Versorgungslücken geführt.

Unser Gesundheitssystem ist erheblich geschwächt, da systematisch Personal im „Öffentlichen Gesundheitsdienst“ abgebaut wurde, dies gilt es jetzt wieder auf- und auszubauen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

SPE-Fraktion

Antrag SPD 60 plus - GP007: Nachbesserung der ambulanten Pflegereform

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege

- 1 Die verabschiedeten Änderungen zur Pflegereform im Bereich der ambulanten Pflege
- 2 müssen nachgebessert werden, u.a. sollen folgende Punkte eingefügt werden:

- 3 1. Die Begrenzung der Eigenanteile an den pflegebedingten Aufwenden in der
- 4 ambulanten Pflege durch einen prozentualen Leistungszuschlag gestaffelt nach der
- 5 Dauer der Pflege ab dem 1.1.2022 analog zur stationären Pflege.
- 6 2. Der Bereitschaftsdienst von Pflegekräften im ambulanten Bereich soll voll
- 7 bezahlt werden und zwar mindesten zum Mindestlohn und wird über die Pflegekassen
- 8 abgerechnet.

Begründung

Der Wunsch nach „ambulant“ vor „stationär“ wird weiterhin aktiv verfolgt, d.h. wo es möglich ist, sollen Pflegebedürftige möglichst ambulant gepflegt und betreut werden und nicht stationär. Dieses „Modell“ wird auch in Schleswig-Holstein bereits seit Jahren verfolgt.

Die Arbeit der Familien und Angehörigen hat der Staat dankend in Anspruch genommen und sie überfordert. Und nun ist es besonders schwierig für sie, die nur ambulante Pflegesätze erhalten. Da ist auf der einen Seite das Urteil des BAG, dass zu Recht verlangt, dass auch der Bereitschaftsdienst von Pflegekräften voll bezahlt werden muss und zwar zum Mindestlohn.

Die ambulante Pflege in den Familien und Heimen des betreuten Wohnens muss gleichgestellt werden mit der stationären Pflege. Es ist doch nicht zu vertreten, dass die Pflege von Angehörigen nicht ebenso wertgeschätzt wird wie die Pflege in Heimen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - GP008: Förderung Pflegegenossenschaften

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege

- 1 Genossenschaften, die eine Pflegeeinrichtung mit öffentlichen Geldern /
- 2 Förderprogrammen erstellen, sollen zur Finanzierung der Pflegegenossenschaft bis zu
- 3 85% als Darlehen bekommen, die bei der Investitionskostenberechnung nicht von den
- 4 Bewohner*innen über die selbst zu tragenden Pflegekosten zu bezahlen sind.

Begründung

Die notwendige starke Zunahme von stationären Pflegeplätze bis 2025 bzw. 20230 (in Kreisen häufig mehr als 50%) ist eine Folge der besseren Gesundheitsversorgung und dadurch eine Zunahme des Anteils der über 80jährigen und auf der anderen Seite eine Abnahme der Fähigkeit und Bereitschaft in der Familie eine Pflegeversorgung Älterer zu leisten.

Die Richtlinie ambulant vor stationär hört sich gut an, nützt aber bei eindeutig stationärer Versorgungsnotwendigkeit wenig, da der Pflegebedürftige einen entsprechenden Anspruch berechtigt durchsetzen kann.

Die Hoffnung, durch Kapitalinvestoren mehr Pflegeplätze zu bekommen hat über die Umlagemöglichkeit der Investitionskosten nur dazu geführt, dass sich für Projektierer und Kapitalinvestoren ein neues Geschäftsfeld auf tat, aber erzeugte über erhöhte Gewinnmargen in der Projektierung extrem hohe Investitionskostenanteile bei den selbst zu tragenden Pflegekosten.

Stellt der Staat, wie beim sozialen Wohnungsbau 85% der Kosten zu günstigen Zinssätzen als Darlehen mit der Maßgabe, dass diese Förderung bei den Investitionskosten als Reduzierung berücksichtigt wird, entstehen vielleicht mehr öffentlich geförderte Pflegeeinrichtungen. Es sind die Zuzahlungen für zu Pflegenden geringer und natürlich auch die Zuzahlungen der Kreise und Städte, wenn der Betreffende die Zuzahlungen nicht selber aufbringen kann. Da es Genossenschaften sind, dürfen die keine Gewinne ausschütten und verbleibt der Vorteil der reduzierten Investitionskosten bei den Bürgern und bei den Trägern der Hilfe zur Pflege.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - Kr001: Entwicklung einer EXIT-Strategie für die private Krankenversicherung aus der Krankenvollversicherung

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Nordrhein-Westfalen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Kr - Krankenversicherung

- 1 Die SPD wird aufgefordert, eine EXIT-Strategie für die private Krankenversicherung
- 2 aus dem Krankenversicherungsvollgeschäft zu entwickeln. Ziel ist es, die Entwicklung
- 3 einer „Bürger*innenversicherung“ voranzubringen und die Krankenversicherung in diesem
- 4 Sinne weiterzuentwickeln, auch wenn dies kein aktuelles politisches Vorhaben der
- 5 neuen Bundesregierung ist. Dabei wird der Einfluss der Digitalisierung auf die
- 6 zukünftige Entwicklung der Krankenkassen genutzt.

Begründung

Der digitale Wandel und der medizinisch-technische Fortschritt führen zu grundständigen Veränderungen in der Organisation der Gesundheitsversorgung. Die im ambulanten Bereich vor hundert Jahren entstandenen ärztlichen Vergütungssysteme „Einheitlicher Bewertungsmaßstab (EBM)“ für gesetzlich Krankenversicherte (GKV) und „Gebührenordnung Ärzte (GOÄ)“ für privat Versicherte (PKV) werden mittel- und langfristig hinfällig. Die Digitalisierung wird den Betreuungsverkehr zwischen Spezialist*innen und Generalist*innen über unterschiedliche Versorgungsbereiche wie z.B. mit dem virtuellen Krankenhaus in Interaktion mit den Patient*innen neu regeln, womit auch alte PKV-Privilegien entfallen. Da die Ärzteschaft für privat Versicherte weitaus höhere Honorare abrechnen kann als für gesetzlich Krankenversicherte, hat der Widerstand der Ärzteschaft seit je her die Einführung einer Bürgerversicherung maßgeblich verhindert. Diesen Widerstand wird die Digitalisierung „auflösen“.

Rund 90% der Bevölkerung in Deutschland sind seit den 1970er Jahren gesetzlich krankenversichert, rund 10% privat. Faktisch besteht bereits seit einigen Jahrzehnten eine Bürgerversicherung, eine „Umkehrung“ der Verhältnisse ist ausgeschlossen. Die gesetzliche Krankenversicherung ist von Beginn an als Partner der Gemeinsamen Selbstverwaltung die tragende und gestaltende Säule des Gesundheitssystems, da die gesetzlichen Krankenkassen Verträge mit den Leistungserbringern verhandeln. Die PKV verfügt historisch bedingt über keinerlei Systemgestaltungskompetenz, da sie nur Verträge mit den Patient*innen (Versicherten) abschließt. In der Zeit vor der Digitalisierung reichte es für PKV-Unternehmen aus, lediglich Arztrechnungen zu bezahlen und keine systemgestaltenden Aufgaben zu übernehmen und stattdessen im Qualitätswindschatten der GKV zu fahren. Ihre mit der GKV verglichenen nahezu doppelt so hohen Verwaltungskosten setzt die PKV in den Vertrieb für Abschlussaufwendungen. Durch die Digitalisierung wie auch durch neue Anforderungen an das Management der Versichertenversorgung, werden PKVen das Krankenversicherungsgeschäft nicht mehr wie in den

letzten 100 Jahren als einfachen Schadensfall ähnlich einer Unfall- oder Haftpflichtversicherung abwickeln können. Dies betrifft insbesondere den Anschluss an die Telematikinfrastuktur . Von den 50 PKV-Unternehmen bieten heute 36 eine Krankenvollversicherung an, 14 Zusatzversicherungen³. Fünf PKV-Unternehmen mit jeweils mehr als über 500.000 Versicherten stellen zusammen 60% des PKV-Vollversichertenbestandes . D.h., ein Großteil der PKV-Unternehmen wird die notwendigen Investitionen und die Umstellung des Geschäftsmodells nicht finanzieren können oder wollen, da es sich oftmals um kleine Versichertenbestände handelt (zwischen 10.000 und 500.000 Versicherten). Neben der Veränderung durch die Digitalisierung tragen auch die Probleme der PKV am Kapitalmarkt sowie die Einführung der pauschalierten Beihilfe dazu bei, dass die PKV langfristig als Vollversicherer ausscheidet.

Seit längerem liegen viele Gutachten zu den unterschiedlichen Aspekten einer Systemharmonisierung vor, die zu einer Gesamt-EXIT-Strategie entwickeln werden sollen. Für die privaten Krankenversicherer braucht es zwei Optionen für die Zukunft: 1. EXIT: Aufgabe des Krankenversicherungsvollgeschäftes, 2. TRANSFORMATION zu einem Krankenversicherer, der unter GKV-Rahmenbedingungen tätig ist.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand

Antrag SPD 60 plus - Kr002: Abschaffung der Beitragsbemessungs- und Pflichtgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und Pflegeversicherung (GPV)

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Hessen-Nord
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Kr - Krankenversicherung

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Parteivorstand werden aufgefordert bei einer
- 2 Gesundheitsreform die Abschaffung der Beitragsbemessungs-/ und Pflichtgrenze der GKV
- 3 und GPV zu berücksichtigen.
- 4 Weiterhin sind alle Einkommensarten in die Berechnungen einzubeziehen.
- 5 In einem ersten Schritt ist die Versicherungspflichtgrenze in der GKV und GPV, nach
- 6 der Arbeitnehmer*innen diesen Versicherungen angehören müssen, auf die entsprechende
- 7 Höhe der Gesetzlichen Rentenversicherung anzuheben und deren Definition zu
- 8 übernehmen.

Begründung

Leider konnte sich erneut die SPD in Koalitionsverhandlungen nicht auf eine Bürgerversicherung mit den Koalitionspartnern einigen. Eine Anhebung der Pflichtgrenzen und Einbeziehung aller Einkunftsarten würde zu mehr Gerechtigkeit und Einnahmen der GKV und PKV führen. Außerdem würde die Zahl der Wechsler von der GKV und PKV in die Private Kranken-/ und Pflegeversicherung reduziert.

Derzeit verlassen insbesondere junge, gesunde ArbeitnehmerInnen diese beiden Sozialversicherungen. Kranke können es sich nicht leisten, auf sie zu verzichten und sich privat zu versichern. Eine Chancen- und Gerechtigkeitsgleichheit ist somit nicht gegeben. Solidarität im Gesundheitswesen sollte nicht bei einem bestimmten Einkommen enden.

Volkswirtschaftlich würde die Anhebung der Beitragsbemessungs- und Pflichtgrenzen einen positiven Effekt erzielen:

Verwaltungs- und Werbekosten liegen in der Privaten Krankenversicherung (PKV) wesentlich höher als bei der GKV, somit wird unproduktives Kapital gebunden.

Die Aufhebung der Beitragsbemessungs- und Pflichtgrenzen sowie die Einbeziehung aller Einkunftsarten würde so viel Geld in das System bringen, dass die Beiträge erheblich gesenkt werden könnten. Dies würde gerade die lohnintensiven Arbeitsbereiche erheblich entlasten und zu mehr Arbeitsplätzen führen, zumal die kleinen und mittleren Betriebe, die vor allem die meisten Arbeitsplätze besonders in den unteren Lohnsegmenten zur Verfügung stellen, erheblich entlastet würden.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand

Antrag SPD 60 plus - Soz001: Änderung des Bundessozialhilfegesetz

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Nordrhein-Westfalen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Soz - Sozialpolitik

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass das
- 2 Taschengeld für Altenheimbewohner*innen von derzeit monatlich in Höhe von 150,00 €
- 3 (5,00 € je Tag) auf 8,00€ erhöht und zukünftig alle 5 Jahre inflationsbereinigt
- 4 angepasst wird.

Begründung

Nach Auffassung vieler Fachleute reicht der derzeitige Betrag nicht für Kleidung, Schuhe, persönlichen Bedarf, Medikamente und Salben nicht aus.

Das Versprechen der Politik bei der Einführung der Pflegeversicherung 1995 „Wir holen die Leute aus der Sozialhilfe raus“ ist nicht eingelöst worden.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - Soz002: Antworten an Antragsteller im Sozialversicherungsrecht analog beim Krankenversicherungsrecht

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Nordrhein-Westfalen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Soz - Sozialpolitik

- 1 Der Gesetzgeber wird beauftragt, ein Gesetz zu beschließen, dass bei den Zweigen der
- 2 Sozialversicherung eine Antwort innerhalb von 3 Wochen bzw. 5 Wochen bei Einholung
- 3 eines Gutachtens erfolgen muss.

Begründung

Es ist nicht einzusehen, dass Antragsteller*innen in der Sozialversicherung länger als im Krankenversicherungsrecht auf eine Antwort warten müssen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - Soz003: Reduzierung der Eigenbeteiligung bei der stationären oder ambulanten Pflege in einem Senioren-/Pflegeheim

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Braunschweig
Antragskommission:	Sonstiges Als Material dem Leitantrag beifügen
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Soz - Sozialpolitik

- 1 Die Bundeskonferenz der AG 60 Plus möge beschließen und zur Umsetzung weiterleiten,
- 2 dass die Eigenbeteiligung zur Finanzierung eines Pflegeplatzes in einer stationären
- 3 Einrichtung auch mit einer durchschnittlichen Rente oder anderen durchschnittlichen
- 4 Altersbezügen möglich sein muss, ohne auf Sozialhilfeleistungen angewiesen zu sein.
- 5 Die steigenden Kosten in Pflegeeinrichtungen müssen durch eine Umstrukturierung der
- 6 Finanzierung gewährleistet werden.
- 7 Insbesondere gehören die Summen der Investitionsabgaben in eine unabhängige Prüfung.
- 8 Das Solidarsystem der Bundesrepublik Deutschland muss seinen Bürger*innen auch im
- 9 Alter und im pflegebedürftigen Zustand gewährleisten, dass Menschen, die ihre
- 10 Lebensarbeitszeit durchschnittlich verdient haben, würdevoll und ohne
- 11 Sozialleistungen ihren Lebensabend verbringen können.

Begründung

Zur Ausgangslage

Aufgrund der demografischen Bevölkerungsentwicklung ist davon auszugehen, dass der Bedarf an Pflegeplätzen in stationären Senioreneinrichtungen und Pflegeeinrichtungen zunehmen wird.

Der weitaus größere Teil der pflegebedürftigen Menschen wird im eigenen häuslichen Umfeld oder bei Angehörigen betreut.

Da dieses aber nicht immer möglich ist, muss eine Aufnahme und Versorgung in Pflegeeinrichtungen möglich sein.

Neben einer ausreichenden Anzahl von zur Verfügung stehenden Plätzen muss auch eine adäquate Finanzierung dieser Unterbringung gewährleistet sein.

Leider beobachten wir in den letzten Jahren eine stark zunehmende Belastung der Finanzierung dieses Lebensabschnittes durch Eigenbelastung durchschnittlich in Niedersachsen von mehr als 2000 €. Die Kosten in Niedersachsen sind etwas unter Bundesdurchschnitt. Dabei geht es um die von der Pflegeeinrichtung geforderte Eigenbeteiligung plus minimal erforderliches sogenanntes Taschengeld.

Zum Herbst 2022 wurde eine weitere Erhöhung dieser Eigenbeteiligung angekündigt.

Diese finanziellen Beteiligungen, deren größter Bestandteil die sogenannte Investitionsabgabe ist, übersteigt deutlich die finanziellen Möglichkeiten einer durchschnittlichen Rente oder anderer

Altersbezüge.

Empfänger*in(nen):

60plus Bundeskonferenz

Antrag SPD 60 plus - Soz004: Energiepreispauschale – Ungleichheit für Ältere beseitigen!

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Hannover
Antragskommission:	Erledigt durch Annahme von Soz007
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Soz - Sozialpolitik

- 1 Rentner/innen und Versorgungsempfänger*innen sollen wie alle
- 2 Einkommenssteuerpflichtigen einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 300 Euro zum
- 3 Ausgleich für die gestiegenen Energiekosten erhalten.

Begründung

Der o.g. Personenkreis ist im Durchschnitt viel stärker von den gestiegenen Energiekosten betroffen.

Die AG 60 plus des SPD-Bezirks Hannover unterstützt die Forderung des Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil, die ältere Generation in die Energiepreispauschale einzubeziehen. Es ist eine eklatante Ungleichbehandlung, wenn die riesige Bevölkerungsgruppe von Rentnern*innen, die keine Transferleistungen erhalten, sowie Pensionär*innen, von der Energiepreispauschale ausgeschlossen bleiben. Welche Überraschung: Auch Ältere müssen heizen, Tanken und einkaufen, stellt Weil korrekt fest.

Wir unterstützen einen korrespondierenden Beschluss des SPD-Landesparteitags und fordern die SPD-Landtagsabgeordneten auf, sich mit diesem Problem an die niedersächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten zu wenden. Diese sollen auf die Bundesregierung einwirken, die Gleichbehandlung der älteren Generation mit den anderen Bevölkerungsteilen herzustellen.

Antrag SPD 60 plus - Soz005: Abschaffung der Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten und Direktversicherungen

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Bayern
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Soz - Sozialpolitik

- 1 Die Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten und Direktversicherungen muss abgeschafft
2 werden.
- 3 In den letzten Jahrzehnten ist das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung
4 schrittweise abgesunken. Im Laufe dieser Zeit habe viele Berufstätige selbst
5 zusätzlich Vorsorge getroffen. Doch für viele, die schon vor Jahrzehnten in eine
6 Betriebsrente oder in eine betriebliche Lebensversicherung eingezahlt haben, kommt
7 mit dem Renteneintritt eine böse Überraschung. Bis 2003 waren die Auszahlungen
8 beitragsfrei und die Betriebsrenten nur mit dem Arbeitnehmeranteil beitragspflichtig.
9 Seit 2004 werden auf die Auszahlungen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeitrag
10 fällig. Das führt für die davon betroffenen zu Einbußen von über 20 Prozent.
11 Hauptsächlich Direktversicherungen, die vor der Einführung der Doppelverbeitragung
12 abgeschlossen wurde, sind davon betroffen.
- 13 Die Doppelverbeitragung bei Direktversicherungen wurde mit dem Gesetz zur
14 Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherungen eingeführt. Dieses Gesetz war
15 ein Zustimmungsgesetz zwischen der damaligen Bundesregierung (SPD-Grüne) und dem
16 Bundesrat. Da nicht eine Abschaffung im Koalitionsvertrag steht, besteht die Sorge,
17 es könnte weiter bei der Doppelverbeitragung bleiben. Im Koalitionsvertrag steht,
18 dass die betriebliche Altersvorsorge gestärkt werden soll. Das würde u.a. erreicht,
19 wenn die Doppelverbeitragung abgeschafft würde.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - Soz006: Energiepreispauschale auch für Rentnerinnen und Rentner

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Bayern
Antragskommission:	Erledigt durch Annahme von Soz007
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Soz - Sozialpolitik

- 1 Wir fordern von allen Ebenen der SPD, der AG 60plus sowie der Bundestagfraktion sich
- 2 für Nachbesserungen beim Entlastungspaket zum Punkt „Energiepauschale“ einzusetzen.
- 3 Anders als 300 Euro pauschal an Berufstätige auszureichen, wäre ein an der Höhe der
- 4 Rente orientierter, also gestaffelter Zuschuss, eine sozial gerechtere Lösung.

Begründung

Bezirkskonferenz und Bezirksvorstand der AG 60plus Oberbayern begrüßen das von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Entlastungspaket für Verbraucherinnen und Verbraucher. Die enthaltenen Regelungen:

- einmalig 300 Euro für Arbeitnehmer*innen und Selbstständige
- einmaliger Familienzuschuss von 100 Euro pro Kind
- Erhöhung der Einmalzahlung an Empfänger*innen von Transferleistungen auf 200 Euro pro Person
- Senkung der Energiesteuer auf Sprit für drei Monate
- drei Monate für nur 9 Euro pro Monat Nutzung des öffentlichen Nahverkehr

sind gut und richtig, allerdings sozial nicht ausgewogen. Es wird nach dem Gießkannenprinzip verteilt und etwa 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner werden mit den steigenden Energiekosten allein gelassen. Es gibt aus unserer Sicht keine logische Erklärung, dass alle Erwerbstätigen ein Energiegeld von 300 Euro erhalten, Rentnerinnen und Rentner aber nicht. Auch im Renten- alter muss man heizen, tanken und einkaufen gehen.

Empfänger*in(nen):

alle Ebenen der SPD
60plus Bundesvorstand
SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - Soz007: Kleine Einkommen und Renten noch stärker von der Preisexplosion entlasten

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, 60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Soz - Sozialpolitik

- 1 Die Bundeskonferenz der SPD AG 60 plus begrüßt die von dem Bundesparteivorsitzenden
- 2 angeregte Zielstellung, die enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten für kleine
- 3 Einkommen, kleine Renten und Pensionen sowie für Grundsicherungsempfänger*innen,
- 4 Auszubildende und Studierende mit weiteren Maßnahmen spürbar zu entlasten.
- 5 Wir fordern, dass Rentner*innen, Studierenden, Auszubildenden, Soloselbständige mit
- 6 bis zu 5 Angestellten und Erwerbslosen die Energiekostenpauschale von 300 Euro
- 7 ebenfalls und möglichst rasch ausgezahlt wird! Für kleine Einkommen, kleine Renten
- 8 und Pensionen sowie für Grundsicherungsempfänger, Auszubildende und Studierende soll
- 9 zudem ein ergänzender Energiekostenentlastungsbetrag auf den Weg gebracht werden, der
- 10 zudem eine zusätzliche Entlastungskomponente für Kinder enthält.
- 11 Zur Finanzierung sollen im Gegenzug Übergewinne und hier insbesondere spekulative
- 12 kriegsbedingte Gewinne, wie sie derzeit bei den Mineralölkonzernen und
- 13 Energieversorgern erzielt werden, bis zu 100 Prozent besteuert werden. Deren
- 14 entstehende Kosten sind nicht auf die Verbraucher*innen abzuwälzen.
- 15 In gleicher Weise sollte bei der Rüstungsindustrie verfahren werden.

Begründung

Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist bedroht, wenn Menschen mit geringen Einkünften durch die immer noch steigenden Preise substanziell in ihrer Lebenshaltung gefährdet werden. Daran sind nicht nur, aber in starkem Maße auch die steigenden Energiekosten schuld, z.B. auch in Form steigender Lebensmittelpreise. Die Entlastungspakete der Bundesregierung sind wichtige Schritte, diesen Zusammenhalt sicherzustellen. Es müssen aber auch Rentner*innen, Studierende, Auszubildende und Erwerbslose z.B. in die bereits beschlossene 300 Euro-Pauschale einbezogen und darüber hinaus kleine Einkommen weiter zielgerichtet entlastet werden, da die Preise durch die Inflationsrate noch weiter ansteigen werden. Zudem ist nicht einzusehen, warum die Steuerentlastung von Benzin und Diesel trotz hinreichend vorhandener Kraftstoffe inzwischen fast ausschließlich in den Taschen der Mineralölkonzerne landet. Geeignete Mittel, z.B. eine bis zu 100prozentige Übergewinnsteuer, sind daher erforderlich.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - R001: Gerechtigkeitsfonds zur Einmalabfindung der Berufs- und Personengruppen der DDR für entgangene Rentenleistungen

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Sachsen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - R - Rentenpolitik

- 1 Das gesamtdeutsche Rentensystem lässt einen Teil der Arbeits- und Lebensleistung
2 vieler Menschen aus der ehemaligen DDR bis heute unberücksichtigt.
3 Um diese in der hektischen Wende-/ und Nachwendezeit entstandenen Fehler (endlich)
4 bis zum 30. Jahrestag der Wiedervereinigung zu korrigieren, hatte die SPD im Januar
5 2018 nachstehenden Originaltext in den Koalitionsvertragsentwurf eingebracht:
6 „Wir schaffen einen Gerechtigkeitsfonds für jene Menschen, die durch die
7 Wende- und Nachwendezeit Nachteile erlitten haben. Die Betroffenen, wie z.B.
8 Krankenschwestern, die ehemaligen Beschäftigten der Braunkohleveredlung, die in der
9 DDR geschiedenen Frauen oder die ehemaligen Reichsbahner, sollen aus diesem Fonds
10 eine abschließende Geldzahlung erhalten.
11 Durch die Zahlung aus dem Fonds würden die Betroffenen für ihre nach 1990 verlorenen
12 Anwartschaften entschädigt werden.“
13 Leider konnten wir uns als kleiner Koalitionspartner in den Finalberatungen im
14 Februar 2018 nicht durchsetzen.
15 Analog zum Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode, sieht auch der
16 Koalitionsvertrag der 20. Legislaturperiode erneut nur einen Härtefallfonds vor,
17 obwohl bekannt ist, dass damit die anstehende Problematik nicht ansatzweise gelöst
18 werden kann.
19 Der Runde Tisch der Berufs- und Personengruppen der ehemaligen DDR hat seine
20 Forderungen am 7. Juni 2019 dem BMAS vorgelegt. In seinem Eckpunktpapier vom
21 04. September 2020 hat er öffentlich (u.a. MDR) auf die nach wie vor ungelöste
22 Problematik aufmerksam gemacht:
23 Zitat:
24 1. Wir verlangen eine politische Lösung für „ALLE“, die die Lebensleistung der
25 benachteiligten Betroffenen der Gruppen angemessen anerkennt.
26 2. Wir werden nicht darüber diskutieren, dass der
27 „Härtefallfonds/Gerechtigkeitsfonds“ mit Grundrente oder Grundsicherung verrechnet
28 wird.
29 3. Unsere Forderungen sind klar definiert:
30 Eine durchschnittliche Abfindungszahlung/Betroffene in Höhe von 20.000 Euro für die
31 Berufs- und Personengruppen, die gemäß Einigungsvertrag (EV) und Anspruchs- und
32 Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) festgeschrieben wurden und deren Rentenlücken
33 heute noch immer bestehen.

34 4. Der Runde Tisch vertritt zurzeit ca. 500.000 Betroffene und ist bereit an einer
35 gerechten Umsetzung der politischen Regelung auf Basis seines Vorschlags
36 mitzuarbeiten.
37 Wir fordern, dass die SPD ihren Antrag vom Januar 2018 umsetzt.
38 Die Umsetzung und damit Befriedung der Problematik erachten auch prominente Vertreter
39 unserer Partei für überfällig. Nachstehend beispielhaft einige Statements zur
40 Erinnerung:
41 - Rudolf Dreßler sprach am 26.01.1995 im BT (15. Sitzung der 13. WP) von einem
42 diskriminierendem Rentenstrafrecht u.a. sagte er:
43 „Die Fraktion der SPD verlangt nicht mehr und nicht weniger als daß diejenigen, die
44 in Ostdeutschland Ansprüche aus einem Sonder- oder Zusatzversorgungssystem erworben
45 haben, nicht schlechter gestellt werden, als jeder Mörder oder Dieb in
46 Westdeutschland!“
47 - Ulrike Maschner (u.a. Vorsitzende d. Ausschusses A. u. S. 1994 – 1998);
48 „Eine biologische Lösung wird es mit uns nicht geben!“
49 - Frank Walter Steinmeier am 30.01.2015 in seinem Abgeordnetenbüro in Brandenburg:
50 „Es wird höchste Zeit, dass die Fehler, die in der Hektik der Nachwendezeit
51 entstanden sind, korrigiert werden!“
52 - Olaf Scholz am 1.11.2018 am „Küchentisch“ in Leipzig:
53 „Versäumnisse der hektischen Wende-/Nachwendezeit muss man korrigieren!“
54 Sehr interessiert nahm er als Finanzminister z. Kts., dass die erforderlichen
55 Finanzmittel der Reichsbahner beim Bundes-Eisenbahn-Vermögen (BEV) lagern.
56 - Olaf Scholz am 30.05.2021 auf dem digitalen Ostkonvent der SPD in Halle/S.:
57 „Natürlich kenne ich die Thematik, es gibt dazu viele gute Ideen, wir brauchen aber
58 noch ein bis 2 Jahre!“
59 - Prof. Dr. Peter Danckert am 20.09.2021 auf dem Forum Rentengerechtigkeit im Studio
60 3 in Leipzig:
61 „Gerechtigkeit ist aktuell zu erreichen, nicht erst an der Grabstelle!“
62 Mit den Zeilen 2445 u. 2446 im Koalitionsvertrag der 20. Legislaturperiode fühlen
63 sich die Betroffenen von der SPD erneut nicht vertreten und dass, obwohl in der 19.
64 Legislaturperiode von den LINKEN (z.B. DS 19/28432), Matthias Birkwald und der AfD
65 (z.B. DS 19073), Ulrike Schielke-Ziesing, kompetente sachliche Handlungsempfehlungen
66 vorgetragen wurden, die mit dem SPD-Entwurf vom Januar 2018 übereinstimmen!

Empfänger*in(nen):

SPD-Parteivorstand
SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - R002: Arbeitskreis Erwerbstätigenversicherung

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Hannover
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - R - Rentenpolitik

- 1 Wir fordern die Einrichtung eines parteiinternen Arbeitskreises (AK) zum Thema
- 2 Erwerbstätigenversicherung. Der AK soll erarbeiten, wie die Umwandlung der
- 3 gesetzlichen Rentenversicherung unter Berücksichtigung aller Interessen der
- 4 Erwerbstätigen gelingen kann. Die Arbeit soll ergebnisoffen gestaltet werden.

Begründung

Seit Jahren ist in unserem Wahlprogramm die Forderung der Errichtung einer Erwerbstätigenversicherung aufgenommen worden.

Bei den Koalitionsverhandlungen (beim letzten Mal bereits in den Vorverhandlungen) wurden diese Vorhaben sofort aufgegeben. Bei der jetzigen Koalition ist in der Rentenversicherung der entgegengesetzte Weg eingeschlagen worden. In der Kranken- und Pflegeversicherung ist der derzeitige Sachverhalt festgeschrieben worden.

Wenn wir glaubwürdig bleiben sollen, können wir nicht so weiter machen. Daher ist die Einrichtung dieses Arbeitskreises mit den o.a. Aufgaben erforderlich.

Wir erwarten, dass der Parteivorstand hinter der Einrichtung der Erwerbstätigenversicherung steht. Wenn das Ergebnis dieses Arbeitskreises ist, dass eine Errichtung einer Erwerbstätigenversicherung nicht möglich ist, so sollte diese Forderung auch nicht mehr in unserem Wahlprogramm aufgenommen werden.

Bei einem anderen Ergebnis wird der Weg zu einer Erwerbstätigenversicherung zwingend vorgeschrieben und ist einzuschlagen. Die Umwandlung der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung in eine vollständige Erwerbstätigenversicherung dauert 2-3 Generationen. Wenn wir die Umwandlung in eine Erwerbstätigenversicherung nicht beginnen, schaffen wir es nie.

Empfänger*in(nen):

SPD-Parteivorstand

Antrag SPD 60 plus - R003: Umgestaltung und Weiterentwicklung der gesetzlichen Rente

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Rheinland-Pfalz
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - R - Rentenpolitik

- 1 Selbst Durchschnittsverdienende müssen mit einer zu geringen Rente rechnen. Ursache
2 sind nicht rechtzeitig eingeleitete Reformschritte in der Renten- und
3 Beschäftigungspolitik. Unser rentenpolitisches Ziel ist es, ein gutes Leben im Alter
4 zu garantieren und einen angemessenen Lebensstandard zu sichern. Deshalb wollen wir
5 einen Kurswechsel in der Rentenpolitik mit einem Neuaufbau einer solidarischen
6 Alterssicherung.
- 7 Vor diesem Hintergrund fordern wir:
- 8 1. Die gesetzliche Rente muss die tragende Säule der Alterssicherung sein.
- 9 Das System der gesetzlichen Alterssicherung ist so umzubauen, dass das Ziel der
10 Lebensstandardsicherung wieder durch das gesetzliche Rentensystem erreicht und damit
11 die strukturelle Armut vermieden wird.
- 12 Die bestehenden und zukünftigen vereinbarten Regelungen zwischen Gewerkschaften und
13 Arbeitgeberverbänden bezüglich Betriebsrente, sollen hier ausdrücklich unberührt
14 bleiben. Die betriebliche Altersvorsorge soll als Ergänzung gestärkt und ihre
15 Verbreitung deutlich erhöht werden. Dabei setzen wir auf arbeitgeberfinanzierte
16 Modelle, die von den Tarifpartnern organisiert und über Tarifverträge abgesichert
17 werden.
- 18 Die gesetzliche Förderung privater Vorsorge muss überprüft werden. Für bestehende
19 Verträge soll jedoch der Vertrauensschutz gelten.
- 20 2. Eine Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen
- 21 Der Umbau des Rentensystems hat durch Einbeziehung aller Selbständigen und
22 Freiberufler*innen zu erfolgen. Auch Vermögende und deren Kapitalerträge müssen in
23 einem solidarischen Rentensystem herangezogen werden.
- 24 3. Das Rentensystem solidarisch finanzieren
- 25 • Das Solidarprinzip und damit die volle Parität zwischen Arbeitgeber- und
 - 26 Arbeitnehmeranteil ist wieder herzustellen.
 - 27 • Den derzeit möglichen individuellen Verzicht auf die Rentenversicherungspflicht bei
 - 28 Mini-Jobs ist zu streichen.
 - 29 • Die Absicherung von Arbeitslosigkeit in der gesetzlichen Rentenversicherung ist zu
 - 30 stärken.
 - 31 • Die Beitragsbemessungsgrenze muss überprüft werden.
 - 32 • Statt Beitragsatzsenkungen: Aufbau einer Demographie-Reserve. Die Sicherung der

- 33 Rentenzahlung ist durch den Aufbau einer Demografie-Reserve zu gewährleisten.
34 • Ergänzend zum Aufbau einer Demografie-Reserve muss ein demografiebedingter
35 Kostenanstieg vorübergehend durch Bundeszuschüsse zur gesetzlichen Rentenversicherung
36 erfolgen.
- 37 4. Das Niveau der gesetzlichen Rente stabilisieren und mittelfristig anheben
38 Unser Ziel ist es, das Niveau der gesetzlichen Rente schrittweise wieder anzuheben,
39 um einen angemessenen, lebensstandardsichernden Rentenanspruch zu gewährleisten.
40 Als ersten Schritt ist das derzeitige Rentenniveau zu stabilisieren. In einem zweiten
41 Schritt muss eine deutliche Anhebung erfolgen.
42 Die Entwicklung der Renten in der Zukunft muss wieder der Entwicklung aller Einkünfte
43 folgen.
- 44 5. Solidarrente mit Höherbewertung niedriger Einkommen einführen
45 Niedrige Einkommen müssen besser bewertet werden. Diese Solidarrente muss deutlich
46 höher sein als das Sozialhilfeniveau (Grundsicherung).
- 47 6. Gleitende Übergänge in die Rente statt Rente mit 70
48 Flexible Übergänge vom Arbeitsleben in den Ruhestand müssen gefördert werden.
- 49 7. Weitere Verbesserungen der Rente wegen Erwerbsminderung werden angestrebt. Die
50 Berechnungsgrundlage für die Erwerbsminderungsrente ist an das aktuelle
51 Renteneintrittsalter anzupassen.
- 52 8. Ausfallzeiten bei der Erwerbsbiografie besser bewerten
53 • Für Erziehungs- und Pflegeleistung verdienen diejenigen, die diese Leistungen
54 erbringen, eine angemessene Berücksichtigung bei der Rente.
55 • Entsprechend erfolgt eine rentenrechtliche Bewertung von Aus- und
56 Fortbildungszeiten.
- 57 9. Versicherungsfremde Leistungen solidarisch und gerecht über Steuermittel
58 finanzieren.
59 Es entspricht der rentenpolitischen Beschlusslage der SPD, alle versicherungsfremden,
60 aber sozial notwendige Leistungen über das allgemeine Steueraufkommen zu finanzieren.
61 Dazu gehören zum Beispiel: einheitliche Mütterrente, Ost-West Angleichung,
62 Erziehungs- und Pflegeleistungen.
63 Es darf keine Finanzierung dieser Leistungen über die Rentenbeiträge geben.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand

Antrag SPD 60 plus - D001: Novellierung des Onlinezugangsgesetzes (OZG)

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Hessen-Süd
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - D - Digitalisierung

- 1 1. Bei der anstehenden Novellierung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) wird gefordert –
- 2 durch Rechts- oder Verwaltungsverordnung – die nach dem OZG zur Errichtung von
- 3 Verwaltungsportalen Verpflichteten mit einer jährlichen Berichtspflicht über die
- 4 tatsächlich in ihrem Zuständigkeitsbereich eingerichteten Portale und deren Nutzung
- 5 zu belegen.
- 6 Der Bericht ist gegenüber dem zuständigen Bundesministerium (der Justiz) zum Stichtag
- 7 31.12. jeden Jahres abzugeben.
- 8 2. Bei allen Verwaltungsstellen der Gemeinden, die zur Einrichtung von
- 9 Verwaltungsportalen nach dem OZG verpflichtet sind, ist in Ausführung des OZG eine
- 10 Digitale Ombudsstelle zu schaffen, die als „analoge Anlaufstelle“ der digitalen
- 11 Verwaltung zu den Öffnungs- bzw. Sprechzeiten der Gemeinden tagsüber telefonisch
- 12 erreichbar ist.

Begründung

Das OZG verpflichtet Bund, Länder und Gemeinden, bis spätestens Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten und diese miteinander zu einem Portalverbund zu verknüpfen (§ 1 OZG). Der Portalverbund soll sicherstellen, dass Nutzer*innen über alle Verwaltungsportale von Bund und Ländern einen barriere- und medienbruchfreien Zugang zu elektronischen Verwaltungsleistungen erhalten.

Zwar haben die meisten Bundesländer, so auch das Land Hessen, inzwischen Verwaltungsportale eingerichtet. Die gesetzliche Zielmarke, alle dazu geeigneten Verwaltungsleistungen zusätzlich elektronisch/digital bis zum Jahresende 2022 anzubieten, ist flächendeckend nach heutigem Stand jedoch nicht erreichbar. Das trifft neben den Bundesländern selbst vor allem auf die Gemeinden und Städte zu.

Der Koalitionsvertrag 2021-2025 – Teilbereich „Digitaler Aufbruch, Moderner Staat“ fordert, dass die digitale Verwaltung „nutzerorientiert“ geschehen soll.

Das wirft die Frage nach der Akzeptanz bei unseren älteren Bürger*innen und Bürgern auf, die immerhin eine deutliche Mehrheit an der Gesamtbevölkerung repräsentieren. Viele unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger verfügen auch heute weder über einen eigenen PC oder ein Notebook/Tablet, noch sind sie ohne fremde Hilfe in der Lage, via Internet mit Behörden zu kommunizieren. Das trifft besonders im Alter Alleinstehende. Ein Beispiel hierfür ist die Meldung von Daten zur Grundsteuerreform.

Eine *Digitale Ombudsstelle*, quasi als „analoge Anlaufstelle“ der digitalen Verwaltung, die möglichst tagsüber zu den Öffnungs- oder Sprechzeiten telefonisch erreichbar ist, und nicht erst nach stundenlangen Warteschleifen, könnte hier Abhilfe schaffen. Dazu wäre entsprechendes Personal zu schulen und bereitzustellen, z.B. in den kommunalen Bürgerämtern.

„Die Interessen der Älteren innerhalb und außerhalb der SPD zu vertreten“ und „darauf einzuwirken, dass den Interessen älterer Menschen im Prozess der Willensbildung politisch und personell Rechnung getragen wird“ (Grundsätze und Richtlinie für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD, Stand 10.02.2020) sollte insbesondere bei der Novellierung des Onlinezugangsgesetzes eine hohe Priorität haben.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - D002: Ältere und Digitalisierung

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Baden-Württemberg
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - D - Digitalisierung

- 1 Die AG 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, von der Bundesregierung einen
- 2 jährlichen Evaluierungsbericht zur Umsetzung und Weiterentwicklung des Achten
- 3 Altersberichts zum Thema "Ältere Menschen und Digitalisierung" einzufordern und in
- 4 den zuständigen Fachausschüssen vorzulegen.
- 5 Die 60plus Landesverbände werden gebeten, bei den jeweiligen Landtagsfraktionen ein
- 6 entsprechendes Vorgehen bezogen auf die Aktivitäten in den jeweiligen Bundesländern
- 7 und in den Kommunen zu erwirken.

Begründung

Der Achte Altersbericht der Bundesregierung hat die Herausforderungen für das Leben älterer Menschen betrachtet und die Auswirkungen und Anwendung digitaler Technologien in für ältere Menschen besonders wichtigen Lebensbereichen und Handlungsfeldern beschrieben.

Das von der Sachverständigenkommission empfohlene dauerhaftes Monitoring im Hinblick auf Digitalisierung und das Leben im Alter sowie der Digitalpakt unter dem Dach der BAGSO sind wichtige Instrumente zur Begleitung der Auswirkungen der Digitalisierung auf das Leben und insbesondere auf die Chancen der Teilhabe der älteren Generation.

Beide Instrumente können aber nicht eine regelmäßige Befassung der Parlamente mit einer entsprechenden öffentlichen Debatte um den Fortgang der konkreten Umsetzung der Vorschläge im Achten Altersbericht ersetzen. Das gilt besonders auch für die rasanten technologischen Veränderungen in unserer digitalisierten Welt und die damit stets weiterzuentwickelnden Angebote zur Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen auf allen politischen Ebenen und in allen Lebensbereichen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion
SPD 60 plus Landesverbände

Antrag SPD 60 plus - D003: Flächendeckend kostenfreies WLAN für Pflegeheimbewohner

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Brandenburg
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - D - Digitalisierung

- 1 Der Bundesvorstand SPD 60plus wird aufgefordert, gegenüber dem Parteivorstand und den
- 2 SPD-Mitgliedern der Bundesregierung darauf zu dringen, dass sie sich gegenüber den
- 3 dafür stark machen, in den Pflegeheimen bundesweit kostenfreies WLAN für die
- 4 Heimbewohner verfügbar zu machen. Der Bund hat dazu ein Förderprogramm aufgelegt, das
- 5 Einrichtungen bis zum Ende 2023 für die Einrichtung und Schulung mit bis zu 12.000
- 6 Euro bezuschusst. Dies ist ein ausreichender Grund, sich von Bundesebene stärker zu
- 7 engagieren und das Förderprogramm dauerhaft zu verlängern.

8

Begründung

Die Erfahrungen der Corona-Pandemie haben gezeigt, wie wichtig das Internet für die Teilhabe der Pflegeheimbewohner*innen und die Verbindung zu ihren Familien ist. Nach einer „WLAN-Studie Pflegeheime“ von pflegemarkt.com aus dem Sommer, zeigt sich, dass nach wie vor nur 56 Prozent der Einrichtungen WLAN anbieten. Obwohl einige Heimgesetze der Länder, die Interneteinrichtung längst vorschreiben und trotz der o.a. Fördermöglichkeiten schreitet die Digitalisierung in den Pflegeheimen zu langsam voran. Damit werden die Bedürfnisse der Heimbewohner*innen nach Information und Teilhabe weitgehend ignoriert.

Empfänger*in(nen):

SPD-Parteivorstand
SPD-Mitglieder der Bundesregierung
SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - D004: Weitere Schritte zu digitaler Teilhabe

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Hannover
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - D - Digitalisierung

- 1 Die Bundesregierung wirkt daraufhin, dass in allen Bereichen altengerechte Software-
- 2 Ergonomie eingesetzt wird.

Begründung

Software-Ergonomie, also eine gute Lesbarkeit und einfache Händelbarkeit, ist bereits jetzt – und nicht für ältere Menschen – in vielen Bereichen die Regel.

Aber besonders SeniorInnen, von denen viele mit den Medien Probleme haben, kommen damit oft nicht zurecht. Das bedeutet zum Beispiel

- zu viele Informationen unübersichtlich
- kleine Schrift
- schlechte Menüführung
- unlogische Forderungen
- und vieles mehr.

Abschreckende Beispiele sind auch oft im kommunalen Bereich zu finden.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - D005: Ausbau digitaler Unterstützungsstrukturen für Ältere

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Hessen-Nord
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - D - Digitalisierung

- 1 Die Bundes- und Landtagsfraktionen der SPD werden aufgefordert, sich dafür
- 2 einzusetzen, dass verbindliche Rahmenbedingungen zum Ausbau digitaler
- 3 Unterstützungsstrukturen für ältere Menschen, besonders in Alten- und Pflegeheimen,
- 4 geschaffen werden. Für die älteren Menschen, die nicht mehr die neuen Medien bedienen
- 5 können, ist eine Unterstützung durch geeignetes Fachpersonal unabdingbar, das neben
- 6 dem Pflegepersonal tätig werden muss. Hierfür sind die entsprechenden Mittel und Zeit
- 7 zur Verfügung zu stellen. Für die Unterstützung Älterer bei der Nutzung des Internets
- 8 ist dafür ausgebildetes zusätzliches Personal bereitzustellen.

Begründung

Es wird zu Recht darauf hingewiesen, dass die Ausstattung der Schulen, Lehrkräfte und Schüler*innen mit digitalen Kommunikationsmitteln viel zu lange vernachlässigt wurde. Es gibt aber noch eine zweite Gruppe, die diesbezüglich nach wie vor völlig vernachlässigt wurde und wird.

In zahlreichen Alten- und Pflegeheimen gibt es nicht einmal einen WLAN-Anschluss, wodurch diejenigen Älteren, die etwas mit den neuen Medien anfangen können, zumindest teilweise der Corona bedingten „Zwangsisolierung“ entfliehen könnten. Auch die verstärkt aufkommende digitale Kommunikation grenzt Ältere ohne digitale Möglichkeiten vom gesellschaftlichen Leben weiter aus.

Die Sachverständigenkommission zur Erstellung des Achten Altenberichts widmet sich in ihrem Positionspapier der Unterstützung Älterer durch die Digitalisierung, was durch die Corona-Krise besondere Bedeutung erlangt hat. Diese Empfehlung der Sachverständigenkommission sollte schnellstmöglich umgesetzt werden.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagfraktion
SPD-Landtagsfraktionen

Antrag SPD 60 plus - D006: Digitale Kompetenz

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - D - Digitalisierung

- 1 Im Rahmen der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung sollen finanzielle Mittel
- 2 eingeplant und später auch eingesetzt werden, um die ältere Bevölkerung durch
- 3 niedrigschwellige altengerechte Schulungen in den Kommunen für die Nutzung der
- 4 digitalen Techniken zu befähigen.

Begründung

Im Rahmen der Digitalisierung werden verständlicherweise die herkömmlichen Verwaltungsverfahren nicht mehr oder nur eingeschränkt zur Verfügung gestellt. Es ist nicht selbstverständlich, dass ältere Leute mit diesen Techniken umgehen können und Ihnen somit die notwendigen Möglichkeiten erschwert oder unmöglich gemacht werden. Bei der Kalkulation des Vorteils einer digitalen Lösung muss der Aufwand für eine Ertüchtigung mit eingeplant und diese Schulung auch als Teil des Projektes oder im Rahmen einer Gesamtplanung „digitale Kompetenz“ der älteren Bevölkerung durchgeführt werden.

Nachsatz:

Man könnte dies auch als Bedingung für alle digitalen Verfahren vorschreiben, die zum normalen Leben notwendig sind und die der Staat Unternehmen zur Durchführung überlassen hat. (Banken – Zahlungsverkehr; Post – Brief und Paketbeförderung; Bahn, Verkehrsbetriebe – Beförderung)

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagsfraktionen

Antrag SPD 60 plus - Re001: Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Nordrhein-Westfalen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Re - Rechtspolitik

- 1 Das AGG (Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz) ist im August 2006 in Kraft getreten und
- 2 durch ein Begleitgesetz vom April 2013 geändert worden.
- 3 Die Empfänger des Antrages werden aufgefordert, sich für eine erweiterte
- 4 Gleichbehandlungsrichtlinie einzusetzen und gesetzliche Initiativen zu veranlassen.
- 5 Die bestehende Charta der Grundrechte der EU und die Gleichbehandlungsrichtlinie für
- 6 den Bereich „Beschäftigung“ reichen in der existierenden Fassung nicht aus, ältere
- 7 Menschen außerhalb der Arbeitswelt in den europäischen Staaten vor Diskriminierung zu
- 8 schützen.

Begründung

Altersdiskriminierung ist auch im Jahr 2022 in den verschiedensten Bereichen erfahrbar. Dazu gehören unter anderem finanzielle Fragen, z.B. bei der Verweigerung oder höheren Konditionen bei Krediten oder Versicherungen, der Bereich der beruflichen Weiterbildung, sowie der Straßenverkehr.

Es gibt Höchstaltersgrenzen im Ehrenamt, Benachteiligungen bei der Wohnungssuche, aber auch die Verweigerung von medizinischen Behandlungen. Maßnahmen zur Verhinderung von Diskriminierung sind dringend geboten.

Empfänger*in(nen):

SPD-Parteivorstand
SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - Re002: Altersdiskriminierung im Bereich der Finanzinstrumente

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Hessen-Süd
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Re - Rechtspolitik

- 1 Die AG SPD 60 plus fordert die Altersdiskriminierung in den verschiedensten
- 2 Lebensbereichen entschieden zu bekämpfen. Insbesondere im Bereich der
- 3 Finanzinstrumente bestehen zurzeit deutliche Defizite, die auszugleichen sind.
- 4 Hierzu zählen:
- 5 a) Bargeldversorgung
- 6 b) Kartennutzung
- 7 c) Kreditausreichung/Darlehen
- 8 d) Beratung
- 9 e) Schufa Score
- 10 Die AG SPD 60 plus fordert die Bundesregierung auf, nach Lösungen zu suchen, Angebote
- 11 auch der Privatwirtschaft zu unterstützen und die Rahmenbedingungen, die hierzu
- 12 führen, zu beseitigen.

Begründung

Zu a:

Ältere Bürger:innen werden im Bereich Bargeldversorgung erheblich in der Realität behindert. Sei es durch den fortschreitenden flächendeckenden Abbau von Geldausgabeautomaten als auch durch den Wandel von Geldausgabestellen von Geschäftsstellen (Geschäftsstellensterben) hin zu großen Lebensmittelmärkten (Aldi, Rewe, etc.) mit ihren zeitlich eingeschränkten Öffnungszeiten, der örtlichen Lage oft vor den Toren der Stadt und der Verpflichtung zur Abnahme eines Einkaufs mit einer betragslichen Mindestabnahme (Geld erst bei einem Einkauf von x Euro).

Zu b:

Ältere Bürger:innen sind in der Nutzung der neuen Zahlungsmethoden, die in der Regel mit einer Kartennutzung/-sicherung (Passwort) einhergehen, deutlich eingeschränkt. Neben der oft fehlenden Einweisung in die Vorgehensweise einer korrekten Kartennutzung ist auch die Merkfähigkeit der Kartensicherung (Passwort/PIN) oft nicht mehr im notwendigen Maße möglich. Wenn dann oft nur die Möglichkeit der Kartenzahlung als alleinige Zahlungsmöglichkeit besteht, sind Bürger:innen von der Nutzung und damit vom Kauf faktisch ausgeschlossen. Dies ist diskriminierend.

Zu c:

Ebenso erhalten Bürger:innen mit fortschreitendem Alter i.d.R. keine Kreditmöglichkeiten mehr

eingräumt (verschiedene Banken fangen schon ab 60 Jahren mit der Streichung an). Das Kreditausfallrisiko steigt im Alter bei Senioren, so dass die Möglichkeiten bei nicht vorhandenem Vermögen/Sicherheiten immer schlechter werden. oder gar der Tod sind Faktoren, die ggf. eine Kreditausreichung verhindern. Erkrankungsmöglichkeiten Hier ist auch auf die aufsichtsrechtlichen Regelungen der staatlichen Überwachungsorgane hingewiesen, die ggf. die Finanzierung von Kredit-finanzierungen erschweren (z.B. Wohnimmobilien-kreditrichtlinie aus 2016).

Als eine mögliche Verbesserung der Situation könnte eine Restschuldversicherung für Senioren helfen. Hierbei wird in Anlehnung an die bestehende RSV im normalen Privatkreditgeschäft das Ausfallrisiko für die Finanzinstitute begrenzt bzw. aufgehoben. Kann ein Kredit zu Lebzeiten eines Schuldners nicht zurückgezahlt werden, tritt der Staat als Ausfallbürge für die Schuld ein. So dürfte gewährleistet sein, dass das Kreditrisiko bei den Finanzinstituten nicht entsteht, eine verteuerte Ausreichung nicht notwendig wird und so ggf. die Erben nicht herangezogen werden.

Diese Möglichkeit ist noch genauer zu erarbeiten, dürfte für den Staat aber keine großen Risiken bedeuten.

Zu d:

Ein weiterer diskriminierender Bereich für Senioren ist die allgemeine Beratung. I.d.R. beschränkt sich die heutige Beratung auf das Segment von Erben und Vererben. Hilfestellungen für den Alltag der Senioren sind eher seltener. Siehe hierzu auch schon die Ausführungen oben bei den Karten-/ Zahlungssystemen (zu b). Hier sollten speziell auf die Bedürftigkeit der alten Leute abgestellte Programme/Angebote bei den Finanzinstituten entwickelt werden. Die Politik sollte solche Nutzungsmöglichkeiten fördern (z. B. durch Preisevergaben, beste Bank für Senioren etc.).

Zu e:

Abschließend möchte ich noch auf die bestehenden Scoresysteme in der Finanzwelt hinweisen, die nicht nur sehr oft intransparent sind, sondern auch keine Altersdiskriminierungen beinhalten dürfen (z.B. Schufa-Scoresystem). Solche Altersdiskriminierungen sind zu verbieten und ggf. vom Datenschutzexperten zu überprüfen und analysieren. Eine Zertifizierung könnte hier hilfreich sein.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - Re003: Herstellung der Entscheidungsfreiheit des Menschen am Ende des Lebens

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Hessen-Süd
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Re - Rechtspolitik

- 1 Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Recht des Einzelnen auf
- 2 selbstbestimmtes Sterben wird unverzüglich und ohne weitere Barrieren (Warte-
- 3 /Beratungsprozeduren etc.) vom Deutschen Bundestag in bundesdeutsches Recht
- 4 umgesetzt.

Begründung

Die Entscheidung ist klar und deutlich:

„Das Recht auf selbstbestimmtes Sterben ist nicht auf fremddefinierte Situationen wie schwere oder unheilbare Krankheitszustände oder bestimmte Lebens- und Krankheitsphasen beschränkt. Es besteht in jeder Phase menschlicher Existenz.“ Und: „Das Recht, sich selbst zu töten, umfasst auch die Freiheit, hierfür bei Dritten Hilfe zu suchen und Hilfe, soweit sie angeboten wird, auch in Anspruch zu nehmen. (Zitate aus der Entscheidung.)

Die gegenwärtige Verzögerungsstrategie und die Einführung irgendwelcher Barrieren ist eine verfassungswidrige Missachtung des höchsten deutschen Gerichtes.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand

Antrag SPD 60 plus - Re004: Beweisumkehr finanzieller Mittel

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Re - Rechtspolitik

- 1 In Deutschland soll eine Beweislastumkehr finanzieller Mittel nach dem Vorbild
- 2 Italiens eingeführt werden.
- 3 Die Gesetze gegen Geldwäsche müssen entsprechend angepasst werden.
- 4 Die Herkunft von hohen Summen (siehe Italien) muss vom Geldinhaber bewiesen werden,
- 5 nicht vom Kläger*innen bzw. Staat.

Begründung

Deutschland ist ein Land, in dem derzeit die „Geldwäsche“ leicht gemacht wird.

Das muss ein Ende haben.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - Re005: Unnötige Inhaltsstoffe

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Re - Rechtspolitik

- 1 Es sollen Maßnahmen, z. B. in Form eines Gesetzes ergriffen werden, die auf eine
- 2 Abschaffung unnötiger und ungesunder Inhaltsstoffe in Lebensmitteln (häufig in
- 3 sogenannten Fertigprodukten) hinwirkt.

Begründung

Einige Lebensmittel, die wir täglich essen, sind deutlich ungesünder als wir denken – und einfach nur unnötig. Die Inhaltsstoffe, die sich darin befinden machen unnötig dick und erzeugen teilweise sogar Krebs. Sie werden von der Industrie lediglich aus Gründen der Kostenersparnis verarbeitet. Die Hersteller verwenden beim Verkauf der Produkte gewiefte Marketingtricks wie „30% weniger Zucker oder nur 0,1% Fett“. Was aber in Wahrheit oft nicht stimmt.

Auf EU- und Bundesebene wird zum Teil schon an dieser Problematik gearbeitet. Dies allerdings nur sehr halbherzig. Der Landtag sollte hier zusätzliche Maßnahmen ergreifen oder über den Bundesrat verstärkt tätig werden.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - E001: Abrechnungssystem Ladesäulen

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - E - Energiepolitik/-wende

- 1 Die Ladesäulen für E-Autos sollen auch EC- und Kreditkartentauglich sein.

Begründung

Die Vielzahl von unterschiedlichen Tankkarten wird dem Wunsch nach einfache Bedienung und der Möglichkeit in ganz Deutschland problemlos an einer E-Ladesäule die Batterien zu befüllen erschwert. Daher ist es am sinnvollsten, wenn an allen E-Ladesäulen auch die Möglichkeit der Nutzung der EC- und / oder der Kreditkarte umgesetzt wird.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - E002: Landstromverpflichtung

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - E - Energiepolitik/-wende

- 1 Gewerbliche Schiffe dürfen nur noch in Häfen anlegen, wenn sie Landstrom verwenden.
- 2 Innerhalb einer festzulegenden Frist gilt diese Landstromverpflichtung auch für die
- 3 privat genutzten Schiffe.
- 4 Die Verbrennungsmotoren müssen während der Liegezeit abgeschaltet werden.

Begründung

Laufende Verbrennungsmotoren in den Häfen führen zu einer erhöhten Feinstaubbelastung. Zudem ist es ein weiterer Schritt zur Erreichung unseres Klimazieles.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - E003: Schnell-Ladesäulen

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - E - Energiepolitik/-wende

- 1 Für E-Autos müssen zukünftig mehr öffentliche Ladesäulen und insbesondere „Schnell-
- 2 Ladesäulen“ errichtet werden.

Begründung

Lange Ladezeiten und / oder zu wenig Ladesäulen verhindern die Akzeptanz der Elektromobilität. In Deutschland muss es ein genauso ausgebautes Netz an Ladesäulen geben, wie es aktuell an Tankstellen gibt.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - E004: Windenergie effektiver nutzen

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - E - Energiepolitik/-wende

- 1 Es ist notwendig, dass Windenergieanlagen (WEA) effektiver genutzt werden, und zwar:
- 2 1. Windenergieanlagen dürfen nur noch bei Wartungsarbeiten, aus Reparaturgründen und
- 3 witterungsbedingten Gründen abgeschaltet werden.
- 4 2. Die Netzbetreiber werden verpflichtet, überschüssige Energie mit den diversen
- 5 Möglichkeiten zu speichern.

Begründung

Es muss ein Bundesgesetz geben, indem geregelt wird, dass das Abschalten von WEA nur in besonderen Fällen vorgenommen werden darf, weil es Energieverschwendung ist. Die Speicherung von Energie kann auf diverse Arten durchgeführt werden.

Beispiele:

- Erzeugung Wasserstoff
- Speicherung durch Wasserkraft (Stichwort: NorGer)
- Speicherung in Akkus

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - E005: Sicherung der Energieversorgung

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - E - Energiepolitik/-wende

- 1 Wir fordern ein Konzept zur Sicherung der Energieversorgung mittels der verschiedenen
- 2 Energieträger. Zudem soll die Preisfindung neu geregelt werden.

Begründung

Strom und Gas sind knapp.

Jetzt sollen ggf. schon Gaskraftwerke zur Stromerzeugung durch Kohlekraftwerke ersetzt werden. Es zeigt sich, dass Deutschland ein tragbares Konzept zur Energieversorgung benötigt. Hierbei sind sowohl die großen Energieversorger als auch die privaten zu berücksichtigen.

Bei Erstellung dieses Konzeptes soll auch die Preisfindung neu geregelt werden. Es kann nicht sein, dass sich der Strompreis nach der teuersten Energiequelle berechnet. Hier muss ein Weg zu einem Durchschnittspreis gefunden werden, den auch alle Bürger*innen und Unternehmen aufbringen können.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - W001: Forderung nach ordnungspolitischen Maßnahmen

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Bayern
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - W - Wirtschaftspolitik

- 1 Wir fordern, sehr schnell ordnungspolitische Regelungen zu entwickeln und am besten
- 2 EU-weit abgestimmt zu erlassen, wie dies der Bundesvorsitzende der AG SPD 60plus
- 3 Lothar Binding auch gefordert hat, damit Kriegsgewinnlern das Handwerk gelegt werden
- 4 kann.

Begründung

Wir sehen in der Aussage aus dem Koalitionssauschuss. "Die Bundesregierung wird alle Möglichkeiten prüfen, durch kartell- und wettbewerbsrechtliche Maßnahmen sicherzustellen, dass die Märkte funktionieren und wieder sinkende Rohstoffpreise auch rascher als bislang an die Endverbraucherinnen und Endverbraucher weitergegeben werden." einen richtigen und wichtigen Ansatz, um zu verhindern, dass Energiekonzerne Not, Nervosität, Sorge und Zukunftsängste in Folge Putins verbrecherischen Krieg, ausnutzen, um ihre Angebotspreise beliebig anzuheben.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion
SPE-Fraktion

Antrag SPD 60 plus - W002: Überführung von Unternehmen der Daseinsvorsorge mit Energie und Wasser in Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligungen der Gebietskörperschaften

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Rheinland-Pfalz
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - W - Wirtschaftspolitik

- 1 Überführung von Unternehmen der Versorgung mit Gas, Strom, Öl, Wasser, der
- 2 Netzbetriebe und Speicher, die der Daseinsvorsorge der Bevölkerung unseres Landes
- 3 dienen, in Unternehmen mit qualifizierten Beteiligungen der Gebietskörperschaften in
- 4 der Bundesrepublik Deutschland.
- 5 Unternehmen der Privatwirtschaft können ihren Bedarf an Energie und Wasser von
- 6 privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen beziehen.
- 7 Im Krisenfall hat eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung wie bisher Vorrang.

Begründung

Gas-, Strom-, Öl- und Wasserversorgung gehören zu den Grundlagen der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung in unserem Land. Dass Unternehmen, die privatwirtschaftlich organisiert sind, nicht vorausschauend die Versorgung sichern können, zeigt die derzeitige Lage auf dem Gasmarkt. Das Unternehmen Uniper, das viele kommunale Unternehmen in der Bundesrepublik beliefert, muss mit Krediten der staatlichen KfW-Bank und einer Beteiligung des Bundes von voraussichtlich 30% des Kapitals gestützt werden. So sollen u.a. viele Stadtwerke vor einer Pleite geschützt werden. Wann und ob diese Kredite jemals zurückgezahlt werden, bleibt offen. Mit einer Rückzahlung entfällt auch eine Beteiligung an evtl. späteren Gewinnen des Unternehmens. Es wird vermutlich nach dem Motto: „Sozialisierung der Verluste und Privatisierung der Gewinne“ gehandelt.

Uniper ist ein Mehrheits-Beteiligungsunternehmen des finnischen Energieversorgers Fortum Oyj. Er ist aus dem Zusammenschluss zweier finnischen Staatsunternehmen entstanden. Der finnische Staat ist Mehrheitseigentümer an diesem Energieversorgungsunternehmen mit rd. 51 % Der Konzern betrieb sein Geschäft hauptsächlich mit Russland und osteuropäischen Staaten. Der finnische Staat scheint nicht bereit zu sein an einer Stützung des Beteiligungsunternehmens seines „Staatskonzerns“ Uniper mitzuwirken. Deshalb muss die Bundesrepublik einspringen. An späteren Profiten würde der finnische Staat allerdings wieder partizipieren. Dieses Beispiel macht deutlich, dass Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung der Bundesrepublik Deutschland und/oder anderer deutscher Gebietskörperschaften Sinn für die eigene Energie- und Wasserversorgung macht.

Empfänger*in(nen):

60plus Bundesvorstand
SPD-Parteivorstand
SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - V001: Um die Klimaschutzziele zu erreichen brauchen wir endlich die Verkehrswende

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Sachsen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - V - Verkehrspolitik
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1: (Änderungsempfehlung) - Ergänzung Zeile 21 - 22: (Änderungsempfehlung) - Streichung

4 ~~1. Sachstand~~

Wir brauchen die Verkehrswende – hin zu mehr Schiene und Bus anders kann der Klimawandel nicht bewältigt werden.

Begründung:

1. Sachstand

2 Obwohl der Club of Rom bereits 1972 vor dem zu erwartenden Menschen beeinflussten
3 Klimawandel gewarnt hat, wurde in der BRD am 1.01.1994 die Bahnreform gegen den
4 Widerstand der sachkundigen Eisenbahner etc. durchgezogen.
5 Die Befürworter (CDU/CSU, Die GRÜNEN u. FDP) versprachen – Mehr Verkehr auf der
6 Schiene zu marktüblichen Preisen – resultierend aus den nunmehr Wettbewerb-
7 Unternehmer Anbieter.

8 Fazit:

9 Die DB und die NE-Bahnen können wegen fehlender Infrastruktur (z.T. verursacht durch
10 Rationalisierungsmaßnahmen) keine Verkehrswende, wie aktuell jetzt in den Medien fast
11 täglich gefordert, (Stichwort Bahn Bashing) realisieren. Es ist zwar in den
12 vergangenen Jahren bei der Infrastruktur ein erstes Umsteuern erkennbar. Dennoch
13 besteht z.B. bei der Schienen-Infrastruktur ein Investitionsstau von rund 60
14 Milliarden Euro. Was jedoch aktuell auf dem Tisch liegt ist ernüchternd. Für die
15 Bundesschienenwege sind es 9,6 Milliarden, 2021 waren es noch 12,3 Milliarden.

16

17 2. Die Verkehrswende

18 Der ÖPNV, der SPNV und der SGV haben eine deutlich bessere Ökobilanz als der
19 motorisierte Individualverkehr und der Straßengüterverkehr, hier ersetzt ein Güterzug
20 120 LKW-Fahrten.

21 ~~Wir brauchen die Verkehrswende – hin zu mehr Schiene und Bus anders kann der~~
22 ~~Klimawandel nicht bewältigt werden.~~

23 Die grundsätzliche Voraussetzung dafür ist die schnellstmögliche Sanierung des
24 Schienennetzes, aber auch die Infrastrukturteile wie Personal, Fahrzeuge,
25 Verkehrsangebote (Stichwort: z.B. 365-Euro-Ticket) Strukturreform der Aufgabenträger

- 26 (z.B. Abschaffung der variantenreichen Ländertickets) etc. Jetzt ist es endlich an
27 der Zeit, diese Themen weiter voranzubringen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - V002: LKW Überholverbot

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, 60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - V - Verkehrspolitik

- 1 Die Bundeskonferenz der SPD AG 60plus fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der
- 2 Bundestagsfraktion auf, sich für ein Überholverbot für LKW auf allen zweispurigen
- 3 Autobahnen und Bundesstraßen einzusetzen.

Begründung

Die sogenannten „Elefantenrennen“ führen zur Behinderung des fließenden Verkehrs. Dadurch bilden sich Staus und die Umwelt wird extrem belastet, weil bremsende, stehende und anfahrende Autos sehr viel Energie verbrauchen. Zusätzlich stellen sich gegenseitig überholende LKW eine zusätzliche Unfallgefahr dar.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - V003: Nächster Halt: Mobilitätswende – Die Weiterführung des 9-Euro-Tickets

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, 60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - V - Verkehrspolitik

- 1 Die Bundeskonferenz der SPD AG 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich
- 2 für die übergangsweise Weiterführung des 9-Euro-Tickets für den öffentlichen Nah- und
- 3 Regionalverkehr, mindestens aber für die Einführung eines 365-Euro-Tickets
- 4 einzusetzen. Dazu ist es erforderlich, das Angebot und die Attraktivität der Bahn und
- 5 des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) entsprechend auszubauen, um eine echte
- 6 Alternative zum Individualverkehr zu bieten.
- 7

Begründung

Die vergangenen 3 Monate haben klar gezeigt, dass die Menschen die Mobilitätswende mitmachen wollen. Das 9-Euro-Ticket kam zur richtigen Zeit und es wäre nur richtig, dieses übergangsweise fortzuführen. Ein Grund für die hohe Attraktivität des 9-Euro-Tickets war seine bundesweite Gültigkeit über alle Verkehrsverbunde. Darum gilt es hier eine Anschlusslösung zu finden, die länderübergreifend wirksam ist.

Die Notwendigkeit der Mobilitätswende ergibt sich unmittelbar aus den Folgen des Klimawandels, welche schon jetzt immer drastischer auch bei uns zu spüren sind. Hier ist es unsere Verantwortung mit guten Ideen und Beispielen voranzugehen. Ein nachhaltiger, gut ausgebauter, verlässlicher ÖPNV ist hierbei einer der Grundlagen für das Gelingen dieser Wende.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - V004: Tempolimit jetzt

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, 60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - V - Verkehrspolitik

- 1 Die Bundeskonferenz der SPD AG 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion und die
- 2 sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, sich für ein bundesweit
- 3 einheitliches Tempolimit von 120km/h auf Autobahnen einzusetzen, um deutliche CO2-
- 4 Einsparungen zu ermöglichen.
- 5

Begründung

Diese Maßnahme wird jährlich schätzungsweise rund 9 Mio. Tonnen CO₂ und ca. 3,5 Mrd. Liter Benzin und Diesel einsparen. Ferner werden durch die Geschwindigkeitsbegrenzungen Unfälle und Verkehrsstaus, die Luft- und Lärmbelastigung gemindert, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern verringert und finanzielle Einsparpotenziale erzeugt. Nach Modellrechnungen sparen Autofahrer*innen mit einem jährlichen Kilometeraufkommen von 20.000 km so pro 100 km 1 Liter Kraftstoff, was zu einer durchschnittlichen Ersparnis von etwa 400,00 Euro im Jahr führt.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion
sozialdemokratische Mitglieder der Bundesregierung

Antrag SPD 60 plus - V005: Gefahrlose Querung von Straßen

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - V - Verkehrspolitik

- 1 Das Überqueren von Straßen, die mit Lichtzeichenanlagen geregelt werden, müssen
- 2 folgende Punkte erfüllen:
- 3 1. Die Grünphasen müssen dem Zeittempo von Älteren, Gehbehinderten und Kleinkindern
- 4 angepasst, d.h. länger eingestellt werden.
- 5 2. Es sind behindertengerechte Hilfen vorzuhalten, wie z.B. ein Signal für
- 6 Sehbehinderte sowie taktile Leitsysteme.
- 7 3. Alle Übergänge müssen barrierefrei geschaffen werden.

Begründung

An vielen Fußgängerampeln ist die Grünphase sowohl für Menschen mit Behinderungen als auch für ältere Menschen zu kurz, um während der Grünphase die Straße zu überqueren.

Außerdem ist es notwendig, dass sämtliche Fußgängerüberquerungen so gestaltet sind, dass sie von allen Menschen in gleicher Weise genutzt werden können, darum müssen diese barrierefrei gestaltet sein, so das Gehbehinderte, Personen mit Kinderwagen sowie Rollstühle diese Übergänge problemlos meistern können.

Empfänger*in(nen):

SPD-Landtagsfraktionen

Antrag SPD 60 plus - St001: Rücknahme der Rentenbesteuerung

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Braunschweig
Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	SPD 60 plus - St - Steuerpolitik

- 1 Die Bundes SPD möge beschließen, dass die Rentenbesteuerung zurückgenommen wird.

Begründung

Wer 2022 in Rente geht, muss 82% davon versteuern. Bis 2040 soll die Rente zu 100% versteuert werden. Das gilt es zu verhindern.

Antrag SPD 60 plus - St002: „Kriegsgewinne“ sind zu sozialisieren!

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Hessen-Süd
Antragskommission:	Erledigt durch Annahme W001
Sachgebiet:	SPD 60 plus - St - Steuerpolitik

- 1 Der SPD-Bezirk Hessen-Süd fordert, die nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine
- 2 entstandenen zusätzlichen Gewinne im Energiesektor zu sozialisieren, d.h., die immens
- 3 gestiegenen Einnahmen im Öl- und Gasgeschäft zu besteuern – z.B. durch eine
- 4 Sondersteuer – die der Wirtschaft und den Bürger*innen durch Unterstützungszahlungen
- 5 oder Steuerermäßigungen, wegen der hohen Energiekosten, zurückgeführt werden könnten.

Begründung

Sofort nach Kriegsbeginn am 24.03.2022 stiegen die Preise für Kraftstoffen, Strom und Wärme exorbitant an. Die großen Energieunternehmen erhöhten die Preise im Energiesektor, obwohl der Einkaufspreis nur kurzzeitig stieg, aber danach nicht verbilligt wurde, obwohl dies preispolitisch möglich gewesen wäre. Diese „KRIEGSGEWINNE“ sind asozial!

Antrag SPD 60 plus - St003: Schluss mit der Versteuerung von selbsterzeugtem Photovoltaikstrom auf den Anteil von eigengenutztem Strom

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, 60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - St - Steuerpolitik

- 1 Die Bundeskonferenz der SPD AG 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion und die
- 2 sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass
- 3 die Besteuerung des Eigenbedarfs von Strom aus Photovoltaikanlagen mit einer Leistung
- 4 bis zu 15 kWpeak abgeschafft wird.
- 5 Gleichzeitig fordern wir von der Bundestagsfraktion, dass sie sich dafür einsetzt,
- 6 dass staatliche Zuschüsse oder Fördermittel für die Erstellung von privaten
- 7 Photovoltaikanlagen und Stromspeichern kurzfristig zur Verfügung gestellt werden.

Begründung

Der Anteil von Strom, der durch die private Photovoltaikanlage eigengenutzt wird, wird vom Finanzamt im Rahmen der Einkommenserklärung erfasst und das oft auf der Grundlage einer entsprechenden Schätzung und einer Besteuerung unterzogen. Diese Besteuerung ist kontraproduktiv für den privaten Ausbau und die Nutzung von Photovoltaik-Anlagen.

Fördermittel und vor allem Zuschüsse, das hat die Vergangenheit gezeigt, sind ein Anreiz für private Anleger um die Anschaffungskosten für Photovoltaikanlagen zu minimieren. Gleiches gilt für die Anschaffung von Speichern.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - A001: EntschlieÙung zum Krieg Russlands gegen die Ukraine

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Hessen-Süd
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - A - Außenpolitik

- 1 Die Delegierten der Bezirkskonferenz 60plus im SPD-Bezirk Hessen-Süd verurteilen den
- 2 völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine.
- 3 Oberstes Ziel aller politischen Bemühungen muss es sein, die Kriegshandlungen zu
- 4 beenden, die Zivilbevölkerung zu schützen und zu unterstützen, sowie die politische
- 5 und territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen.
- 6 Im Rahmen demokratischer Strukturen und Verfahren hat jedes Volk im Rahmen des
- 7 Selbstbestimmungsrechtes der Völker die Kompetenz, seine Angelegenheiten autonom und
- 8 unbeeinflusst zu gestalten. Angriffskriege gehören nicht in das Handlungsarsenal
- 9 zivilisierter Staaten und ihre Ablehnung und Diskreditierung bleiben wichtig und
- 10 richtig.
- 11 Wir unterstützen einen besonnenen Kurs der SPD-Bundestagsfraktion und des
- 12 Bundeskanzlers, Schaden auch in der Sanktionspolitik und den Waffenlieferungen von
- 13 uns abzuwenden, eine Kriegsbeteiligung unter allen Umständen zu vermeiden und
- 14 humanitäre Hilfe zu leisten.
- 15 Anstrengungen zur Deeskalation und Friedensförderung sollten allerdings verstärkt,
- 16 Waffen- und Kriegsrhetorik zurückgewiesen werden. Arbeiten und Vorschläge für
- 17 europäische Lösungen zu Friedenssicherung und Abrüstung verdienen mehr Anstrengungen
- 18 und Lautstärke. Ein Mehr an Rüstung und eine größere NATO schaffen noch keine
- 19 Friedensperspektive.
- 20 Die Außen- und Friedenspolitik der SPD in den zurückliegenden Jahrzehnten muss sich
- 21 nicht verstecken. Sie hat dem Kontinent die längste historische Phase in der jüngeren
- 22 Geschichte beschert. Auch der Vorwurf des Zauderns in der Frage von Waffenexporten
- 23 und -lieferungen ist offensiver zurückzuweisen. Besser Nachdenken und besonnen
- 24 Handeln als durch unbedachten Aktionismus in kriegerische Aktionen hinein zu
- 25 stolpern. Soweit wir die Stimmungen in der Bevölkerung wahrnehmen, wird dieser Kurs
- 26 auch mehrheitlich in der Bevölkerung getragen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand

Antrag SPD 60 plus - UB001: Innenstädte für Folgen des Klimawandels umbauen

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Brandenburg
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - UB - Umweltpolitik/Baupolitik

- 1 Der Bundesvorstand SPD 60plus wird aufgefordert, gegenüber dem Parteivorstand und den
2 Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion darauf zu dringen, dass die Anpassung der
3 Innenstädte an die Folgen des Klimawandels größere Priorität erhält. Da Länder und
4 Kommunen die dafür erforderlichen Maßnahmen nicht allein werden stemmen können und
5 eine große Dringlichkeit gegeben ist, sollte es entsprechende Förderprogramme des
6 Bundes für den Stadtumbau unter Klimagesichtspunkten geben.
7 Dafür gibt es beispielsweise folgende erfolgreiche Modelle, deren großflächige
8 Umsetzung lohnen kann:
- 9 1. Schwammstadt
10 Die Kanalisation in den Metropolen ist bei Starkregen in der Regel überfordert.
11 Regenwasser sollte möglichst dort, wo es fällt versickern und verdunsten. Dafür
12 bieten sich unter anderem Gründächer, künstliche Teiche, Versickerungsmulden, sowie
13 die Begrünung der Hausfassaden an. Aufgefangenes Regenwasser kann für die
14 Toilettenspülung eingesetzt werden. Wie viele Dächer überhaupt statisch für
15 Dachbegrünung geeignet sind, wird bisher nicht erhoben. Egal ob auf Dächern oder am
16 Boden, durch kühlende Verdunstung erhöht sich die Lebensqualität in der Stadt.
17 In einem ersten Schritt sollte in Abstimmung mit den Bundesländern die Erhebung der
18 für diese Maßnahmen geeigneten Flächen erfolgen.
- 19 2. Fernkälte
20 Fernkälte ist so etwas wie Fernwärme, nur umgekehrt. Statt heißem Wasser fließt
21 kaltes Wasser durch die Rohre. Die Kälte wird an zentralen Orten energieeffizient
22 erzeugt. Damit lassen sich die energiefressenden dezentralen Klimaanlage vermeiden.
23 Ein direkter Beitrag zur Klimaverbesserung in der Stadt.
24 Auch hier wäre sinnvoll, in einem ersten Schritt die dafür geeigneten Netze zu
25 erfassen.
- 26 3. Bauordnungen
27 Die Bauordnungen sind entsprechend zu ändern und zu harmonisieren.

Begründung

In diesem Sommer zeigen sich die Folgen des Klimawandels stärker als bisher. Lang anhaltende

Hitzewellen, kaum bis keine Niederschläge, örtliche Unwetter mit Starkregen und Stürmen. Laut einer Studie des NABU ist die durchschnittliche Temperatur in Städten bis zu 10° C höher als im Umland. Gründe dafür sind unter anderem dichte Bebauung, versiegelte Flächen, wenig Grünflächen. Höhere Temperaturen und damit mehr Klimaanlage fördern diesen Effekt. Darauf müssen die Städte zum Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger reagieren und die Folgen der Hitzeperioden abmildern.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - S001: Konzentration der Bundesministerien

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Nordrhein-Westfalen, 60plus Landesverband Sachsen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - S - Sonstige

- 1 Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus setzt sich dafür ein, dass die Bundesministerien,
- 2 deren Sitze sich zurzeit noch in Berlin und Bonn befinden, in Berlin konzentriert
- 3 werden. Es wird Zeit, dass 32 Jahre nach der Wiedervereinigung und 22 Jahre nach dem
- 4 Umzug des Bundestages nach Berlin das Zugeständnis an die ehemalige Bundeshauptstadt
- 5 Bonn überprüft bzw. aufgegeben wird.

Begründung

Beide Standorte liegen knapp 500 km auseinander. Die Verständigung online oder per Telefon sollte dabei kein Problem sein, jedoch bleibt es nicht dabei. Sehr oft ist auch die Präsenz der Mitarbeiter*innen notwendig. Das bedeutet Flugreisen, PKW-Reisen und im besten Fall Bahnreisen. Das kostet Zeit und Geld und belastet unsere Umwelt. Außerdem würde eine Reihe kostenintensiver Immobilien frei werden.

Übersicht über die Verteilung der Haupt- und Dienstsitze:

Hauptsitz in Berlin

- BMWSB

Hauptsitz in Berlin, Dienstsitz in Bonn

- BMWK
- BMF
- BMI
- AA
- BMJ
- BMAS
- BMFSFJ
- BMDV
- BKAm

Hauptsitz in Bonn, Dienstsitz in Berlin

- BMVg
- BMEL

- BMG
- BMUV
- BMBF
- BMZ

Bei der Konzentration der Ministerien würden also sechs Hauptsitze nach Berlin in die derzeitigen Dienstsitze verlagert und neun Dienstsitze in Bonn frei werden.

Empfänger*in(nen):

SPD-Parteivorstand
SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - S002: Flächendeckendes 5G Netz

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - S - Sonstige

- 1 In der Bundesrepublik Deutschland soll ein flächendeckendes 5G-Netz gebaut werden.
- 2 Es darf keine Gebiete mehr geben in denen Mobilfunkempfang bzw. Datenempfang für
- 3 mobile Daten nicht besteht. Jeder muss mindestens über den 4G-Standard überall in der
- 4 Bundesrepublik Deutschland erreichbar sein.

Begründung

Die modernste Technik soll überall zum Einsatz kommen, aber gerade im ländlichen Raum gibt es viel zu viele Flächen, in denen es gar keinen Handyempfang gibt, sogenannte „Funklöcher“. Dieser Zustand muss dringend und zeitnah bereinigt werden.

Was nützt 5G, wenn es keinen Empfang gibt?

Daher ist mit Priorität ein flächendeckender Mobilfunk- und Datenempfang zu realisieren. Dies benötigen wir in der ärztlichen Versorgung sowie für alle Unternehmen in Land und Bund.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - S003: UN-Altenrechtskonvention

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Antragskommission:	Erledigt durch Annahme des Leitantrags
Sachgebiet:	SPD 60 plus - S - Sonstige

- 1 Eine UN-Altenrechtskonvention soll ausgearbeitet und zeitnah in Deutschland angewandt
- 2 werden.

Begründung

Die SPD unterstützt damit die BAGSO - Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen, die zusammen mit hunderten zivilgesellschaftlichen Organisationen aus aller Welt eine UN-Konvention für die Rechte älterer Menschen fordert. Eine UN-Konvention würde älteren Menschen ein rechtliches Instrument an die Hand geben, um gegen Altersdiskriminierung vorzugehen. Obwohl die Bevölkerung weltweit rapide altert, sind die Menschenrechte Älterer im internationalen Recht nicht explizit verankert und Altersdiskriminierung ist weit verbreitet. Die COVID-19-Pandemie ist ein Beispiel dafür, wie Lücken im Schutz der Rechte älterer Menschen und systemische Altersdiskriminierung dazu führen, dass viele Ältere isoliert wurden und einsam sterben mussten. In vielen Ländern dieser Welt sind ältere Menschen ohne Schutz dem Risiko des körperlichen, emotionalen und finanziellen Missbrauchs sowie der Vernachlässigung ausgesetzt.